

**K**ONSERVATIV gegenüber den Radikalen, liberal innerhalb der Ultramontanen, föderalistisch im Trend der Zentralisten, integrierend, wo Spalter am Werk waren, vor allem aber immer unterscheidend, niemals mit den Wölfen heulend und notfalls sich zwischen alle Stühle setzend: so präsentiert sich der regierende Luzerner Staatsmann, der oppositionelle eidgenössische Politiker und der kritisch gläubige Katholik von europäischem Format: *Philipp Anton von Segesser* (1817–1888) in einer soeben erschienenen Biographie und Auswahl von Texten.<sup>1</sup> Der Mann, den schon der Name als Aristokrat kennzeichnet, hat sich in seinem Sinn für Geschichte und Recht als *Demokrat zwischen den Fronten* qualifiziert. Als solcher überragt er wie nur wenige in Europa den Kulturkampf des letzten Jahrhunderts und was er damals mit seinem unbestechlich klaren Urteil an Richtpunkten gesetzt hat, könnte auch noch in unseren heutigen Polarisierungen manchem zu mehr Weisheit und Weitsicht verhelphen.

## Im Spannungsfeld von Kirche und Staat

Im Sinne der Aktualität ist vor allem an die weltweit virulente Spannung zwischen Christentum und Politik, Kirche und (totalitärer) Staatsmacht, näherhin aber an die im europäischen und schweizerischen Raum in Gang befindlichen oder vorgeschlagenen Revisionen der Beziehungen zwischen Kirche und Staat, wie sie in Verfassungen und/oder Konkordaten festgelegt sind, zu denken. Nicht ohne Verblüffung liest man da einen Satz, wie den folgenden: «Von den beiden großen zum Schlagwort geronnenen Formeln «Freie Kirche im freien Staat» (Montalembert) und «Trennung von Kirche und Staat» hat Segesser der Idee der Trennung den Vorzug gegeben.» War also vielleicht ausgerechnet dieser führende Kopf der Konservativen in seiner geistigen Unabhängigkeit und ökumenischen Öffnung ein Vorläufer für die jüngst in der Schweiz zustande gekommenen Volksinitiativen zugunsten der «vollständigen Trennung» von Kirche und Staat?

Der Verfasser der Biographie, *Viktor Conzemius*, wäre kein guter Kirchenhistoriker, wüßte er die Optionen von damals und heute nicht in ihrem je verschiedenen Kontext zu situieren. Für Segesser war die «gefällige Formel» Montalemberts durch ihre Anwendung im

Piemont Cavours (Konfiszierungen und Bürokratie) entwertet: er hat sie also nach ihrer kirchenpolitischen Praxis hinterfragt. Genau so, meint Conzemius, müßte man die Idee der Trennung, wie Segesser sie vertrat, «auf Gehalt und Konsequenzen abwägen» und nicht mit heutigen Vorstellungen im deutschen Sprachraum – seien sie eher antikirchlich oder kirchenreformerisch inspiriert – gleichsetzen. Einer mechanischen Trennung – im Stil der «séparation» in Frankreich gegen Ende des Jahrhunderts – stand für Segesser «zuviel organisch Gewachsenes» entgegen: ihm ging es um eine «allmähliche kontinuierliche Entflechtung» der eng verwickelten Beziehungen im Blick auf «gegenseitige Selbstständigkeit und Unabhängigkeit». Die praktischen Konsequenzen, so fand er, seien dem Volk und den Geistlichen offen darzulegen; denn so lautete eine der Maximen Segessers:

«In religiösen Dingen dem Gefühle des Volkes zu widerstreben ist mehr als schlechte Staatsklugheit; ich halte es für Sünde, weil es die Moralität des Volkes erschüttert.»

Weitere geschichtliche Erfahrungen traten für Segesser hinzu: «*Syllabus, Konzil und Kulturkampf* haben ihn noch entschiedener in die Richtung der Trennung gedrängt und die *nordamerikanische Lösung* als Zukunftsmodell hinstellen lassen.» In diesen Satz hat Conzemius sehr viel innerkirchliche Brisanz verpackt, wie sie die 95 Jahre vom Vatikanum I bis zu der (ohne die USA-Bischöfe undenkbarer) Erklärung über die Religionsfreiheit von 1965 erfüllt. Ein Höhepunkt des Buches für den kirchlich interessierten Leser ist Segessers Text «Am Vorabend des Konzils», wo es u. a. heißt:

«Die Kirche muß das Prinzip der Freiheit vertreten gegenüber dem Absolutismus des Staatsbegriffs, der Freiheit nicht nur für sich, sondern auch für alle, die nicht zu ihr gehören, nicht nur für die Wahrheit, sondern auch für das, was sie als Unwahrheit und Irrtum zu erklären verpflichtet ist.»

Die Kirche als Anwalt der Freiheit und Menschenwürde: diese Vision eines Laien kam damals nicht zum Zug, denn Laien, lies Staatsmänner, hatten – entgegen aller Tradition der Konzilien – im klerikalisierten Vatikanum I keine Stimme mehr. Und Conzemius schließt: «Hätte das 1. Vatikanische Konzil sich das Reformprogramm Segessers zu eigen gemacht, so hätte die katholische Kirche auf dem 2. Vatikanum sich in vermehrtem Maß den Aufgaben des 20. Jahrhunderts zuwenden können, statt sich mit den unerledigten des 19. befassen zu müssen.» L.K.

<sup>1</sup> Benziger-Verlag Zürich, 1977, 252 S.

## CHINA

**Alte und neue Rätsel in der Volksrepublik:** Haben die Herrscher das Mandat des Himmels verloren? – Der Totengedenktag 1976 als großer Wendepunkt – Demonstration für die Pragmatiker und gegen die Erben der Kulturrevolution – Die neue Mitte – Aber wo sitzt das Zentrum der Macht? – Teng, der gelbe Napoleon – Anzeichen für sein Comeback – Die fehlende Vaterfigur läßt wieder regionale Kriegsherren aufkommen – Der posthume Mao. Thomas Immoos, Tokio

## LATEINAMERIKA

**Kirche und Militärmacht (I):** Das System der «Nationalen Sicherheit» nimmt kontinentale Dimensionen an – Die Kirche des ganzen Erdteils vor einem «neuen Medellín» – Zunehmende Verfolgungssituation in Zentralamerika – Bischöfe wehren sich gegen die berüchtigte Landwirtschaftsorganisation FARO – Die Entschlossenen berufen sich auf Medellín – Schon damals entlarvte Helder Câmara die Sicherheitsdoktrin – Massive Störaktionen von «Tradition, Familie und Eigentum» – Trotzdem fast einmütige Beschlüsse – Aber war es wirklich der große Aufbruch? – Ehrliche Entscheidung für die Armen, aber keine politische Lösung – Priestergruppen, die weiter vorstoßen – Bremser im CELAM und in der Bundesrepublik – Mit Schlägen und roter Beschmutzung einem Bischof den Kommunismus austreiben. Ludwig Kaufmann

## PSYCHOLOGIE

**Gott als psychische Funktion?:** Psychische Ansatzpunkte für religiöses Verhalten (II) – Die Hypothese von C.G. Jung – Bei seinen Patienten war die religiöse Einstellung das endgültige Problem – Ein höchster Archetypus als Gottesbild – Spannung zum Bilderverbot – Im teilweisen Gegensatz zu Freuds Triebpsychologie – Das hypothetische Selbst und das göttliche Wesen – Verwandt mit der Imagolehre der Kirchenväter und mit Rudolf Otto – Aber der Gottesbegriff ist «irrationaler Natur» – Der Ozean des Kollektiv-Unbewußten – «Ob gerufen oder nicht gerufen, der Gott ist da». Joseph Rudin

## SPANIEN

**Nach 40 Jahren wieder freie Wahlen:** Zu bestellen sind ein Kongreß und ein Senat – Der Wähler vor dem Angebot von 200 Parteien – Dazu ein kompliziertes Wahlverfahren – Worüber bereits ein Konsens besteht – Ein Monarch im Dienst der Demokratie – Suárez sammelt die zerzankte Mitte – Die wichtigsten Allianzen – Haltung des Klerus – Welche Aufgaben warten auf das neue Parlament? Manuel Alcalá, Madrid

## BUCHBESPRECHUNG

**Philipp Anton von Segesser:** Demokrat zwischen den Fronten – Was heißt «liberaler Katholik»? (vgl. Titelseite). L.K.

# Rätselhaftes China

Im Laufe des letzten Jahres erlebte die Volksrepublik hinter dem Bambusvorhang dramatische Szenen, die sich durchaus mit den größten Umwälzungen der langen Geschichte Chinas in Vergleich setzen lassen: den Verlust der beiden Gründer, den Fall Tengs, gefolgt vom Sturz seiner vier Hauptgegner in Schanghai, eine im Kreis rotierende Parteilinie, dazu unerhörte Naturkatastrophen, die nach dem traditionellen Weltbild darauf hindeuten, daß die Herrscher «das Mandat des Himmels», worauf ihre Legitimation beruht, verloren haben. Die Chinaexperten in Hongkong und Tokio nicht weniger als in Peking kommen nur mit Mühe zu einer einleuchtenden Interpretation der turbulenten Vorgänge. Kein Wunder, denn diese lassen sich weder nach der marxistischen Dialektik noch nach der Geschichtsphilosophie Toynbees aufschlüsseln.

## Totengedenktag

Der 5. April 1976 erweist sich immer deutlicher als ein Wendepunkt in der Geschichte der Volksrepublik. An diesem Totengedenktag versammelten sich spontan Hunderttausende beim Totendenkmal vor dem Himmelstor, um Tschou En-lai die Ehre zu erweisen und in einer bisher nie erlebten Offenheit gegen Maos Diktatur zu protestieren. In der in China beliebten Indirektheit wurde der Angriff gegen den archetypischen Tyrannen Tschin Schih Huang-ti (221 v. Chr.), der die große Mauer und den Großen Kanal durch Sklaven bauen ließ, vorgetragen. Mao selbst hatte sich früher mit ihm verglichen. Die Staats- und Parteiführung war durch diesen spontanen Ausbruch der Massen, denen nach der Theorie Maos alle Macht gehörte, tief betroffen. In der Nacht griffen die Sicherheitskräfte scharf zu; mehr als hundert Demonstranten wurden erschlagen, 40 000 eingesperrt. Zwei Tage später verlor Teng Hsiao-ping, den Tschou En-lai als Nachfolger in alle wichtigen Ämter eingesetzt hatte, seine Stellung als Vizepremier, Vizeparteichef und Generalstabschef, da ihm die Schuld an den Demonstrationen zugeschoben wurde. Zum zweitenmal (erstmal in der Kulturrevolution) ging einer der fähigsten Männer Chinas in die Wüste; die Anweisung kam von Mao direkt und wurde vom Politbüro, in dem auch Hua Kuo-feng saß, gebilligt. Dieser trat kurz darauf die Nachfolge Tengs an.

Damit schien eine jahrzehntelange Kontroverse in Chinas Führung zugunsten der Radikalen beendet. Diese forderten als Paladine des reinen Maoismus die permanente Revolution, die durch immer neue Umwälzungen die Bildung einer herrschenden Klasse verhindern sollte, wie sie in Rußland die Macht erungen hatte und den Marxismus zur zynischen Herrschafts-ideologie mißbrauchte, um die eigenen Privilegien zu wahren. Eine solche Entwicklung wollte Mao für China ausschließen. Tschou En-lai, Teng Hsiao-ping und der Wirtschaftsdiktator Li Hsien-nien hingegen waren sich klar darüber, daß mit Kulturrevolutionen das riesige Land niemals aus dem Zustand permanenten Elends gehoben werden könnte. Moderne Technologie und Importe aus dem Westen sollten die Modernisierung beschleunigen. Sie trafen sich darin mit der Armee, die eine Modernisierung der veralteten Bewaffnung forderte. Mao hatte durch seine fanatischen Kulturrevolutionäre die alte kommunistische Partei zerschlagen, die Armee der Führung beraubt und die Wirtschaft in schwere Krisen gestürzt. Nur die fähigen Pragmatiker unter Tschous überlegener Führung verhüteten den Sturz ins Chaos. Zuletzt mußte Mao selbst die Armee gegen seine getreuesten Gefolgsleute einsetzen, um den Krater der Kulturrevolution zu schließen. Seither aber wogte der Kampf ständig zwischen den Vertretern dieser beiden Gruppen des Politbüros hin und her. Die Manager wollten Resultate sehen und waren daher bereit, Leistungslöhne zu bezahlen, um die Produktion zu steigern; für die Radikalen bedeutete dies den

Abfall von Maos Doktrin und einen Rückfall in den Kapitalismus. Mao wollte einen neuen Menschen bilden, der im Dienst des Staates und der Partei auf das Gewinnmotiv verzichtet. Mao erweist sich hier als erzkonservativer Traditionalist, der mit Mencius behaupten kann, der Mensch sei von Natur aus gut, bereit, die Tugend zu verwirklichen, umgekehrt aber auch, mit Hsüntze, er sei böse und müsse zum Guten gezwungen werden mit allen Druckmitteln eines verfeinerten Gesetzes- und Polizeisystems. Für solche Theorien brauchte Mao keine Anleihen beim westlichen Marxismus zu machen. Die chinesische Geschichte bot ihm alle Argumente und praktischen Methoden in reichster Auswahl. Dialektisch war nur das Schwanken zwischen den extremen Positionen. Der Tod Tschous, unmittelbar gefolgt vom Sturz seines Kronprinzen Teng, schien den Triumph der Radikalen zu besiegeln. Maos ehrgeizige Gemahlin machte sich mit ihrem Klüngel bereit, in einem Staatsstreich nach Maos Tod ihre Gegner endgültig zu beseitigen.

## Die neue Mitte

Inzwischen aber hatte Hua Kuo-feng, der als Gemäßigter für beide Gruppen im Politbüro und für Mao selbst als Kompromißkandidat annehmbar war, seine Macht soweit konsolidiert, daß er im Bund mit der Armeeführung, mit dem Verteidigungsminister Yeh Chien-ying und dem Kommandanten der Pekinger Garnison Chen Hsi-lien, die vier Schanghaier Verschwörer verhaften konnte. Daß er als Minister für Staatssicherheit die Geheimpolizei beherrschte, kam ihm ohne Zweifel zustatten, doch ist seine Herkunft und seine Machtbasis noch weitgehend unabgeklärt. Nicht einfach von der Hand zu weisen ist ein hartnäckiges Gerücht, er sei Maos Sohn aus erster Ehe, der auf dem epischen Großen Marsch zurückgelassen wurde. Es ist nicht klar, wie weit er sich auf die Partei stützen kann, wie viele der auf zwölf zusammengeschrumpften Mitglieder des Politbüros auf seiner Seite stehen, wie weit die Partei überhaupt noch funktionsfähig ist.

Aus verschiedenen Provinzen trafen nämlich laufend Nachrichten von bürgerkriegsähnlichen Zuständen, von Sabotage, Streiks, Mordanschlägen, Plünderungen ein. Die Wirtschaft erlitt schwere Rückschläge, die noch verschlimmert wurden durch schreckliche Erdbeben und die längste Trockenheit seit 28 Jahren, die im Norden und Westen die gesamte Weizenernte gefährdet. Weite Gebiete des Nordwestens sind Randzonen, in denen Landwirtschaft nur mit künstlicher Bewässerung und bei günstigen Niederschlägen möglich ist. Klagen über Lebensmittelknappheit sind in den Städten zu hören, obwohl China dieses Jahr bereits fünf Millionen Tonnen Weizen im Ausland kaufte. Der Handelsminister Li Chang erklärte, daß infolge der Naturkatastrophen und der Sabotage von seiten der Schanghaier Mafia die Kohlenproduktion im letzten Jahr um 25 Millionen Tonnen gesunken sei. Damit begründete er die Kürzung der Ölausfuhren nach Japan um zwei Millionen Tonnen. Die Exporte Japans nach China sanken um 26,4% auf 1,663 Milliarden US-Dollar und die Importe aus China um 10,5% auf 1,379 Milliarden; zum erstenmal seit der Normalisierung der Beziehungen 1972 schrumpfte der Gesamtumsatz. Die Stahlproduktion ging um 30% auf zwanzig Millionen Tonnen zurück. Der Außenhandel schrumpfte um 8% seines Wertes. Das illustriert deutlich die inneren Schwierigkeiten des Landes. Offenbar verfügten die Radikalen über einen starken Anhang unter den jungen Kadern, die während der Kulturrevolution in führende Stellungen drangen und nachher die Rehabilitation der alten Kader, die sie ja selbst aus ihren Positionen verdrängt hatten, nicht annehmen wollten. Bezeichnenderweise waren es vor allem die Arbeiter an den Eisenbahnknotenpunkten, die den Verkehr durch Streiks lahmlegten, bis die Armee die Bahnen übernahm. Auch anderswo, etwa in Fukien und Tschehol, wurde die Armee gegen randalierende Arbeiter eingesetzt.

In dieser Situation ist es keineswegs klar, wo heute in China das Zentrum der Macht sitzt. Kaum bei der Partei, die eine Säuberung durchmacht, in der etwa ein Drittel der dreißig Millionen Genossen als Anhänger der Schanghai Radikalen ausgeschlossen werden soll. Die Parteiorgane scheinen weitgehend gelähmt, das Politbüro auf die Hälfte geschrumpft, und es wird nicht ergänzt, solange die Machtverhältnisse nicht abgeklärt sind. Wichtige Posten in Staat und Partei bleiben daher unbesetzt. Die großen Umwälzungen des letzten Jahres wurden nie von den in der Verfassung vorgesehenen Gremien sanktioniert. Das Regime operiert außerhalb der von ihm selbst aufgestellten Legalität. Deshalb wird in nächster Zeit wahrscheinlich die dritte Plenarsession des 10. Parteikongresses zusammentreten, um die gefällten Entscheidungen zu bestätigen.

### Der gelbe Napoleon

Die wirkliche Macht scheint heute bei der Armee zu liegen. Sie griff gegen die Schanghaier ein. Sie fordert seit dem Herbst die Rückkehr Tengs auf einen hohen Posten. Angeblich weigerte sich der Wirtschaftsdiktator Li Hsien-nien, das ihm angebotene Amt des Ministerpräsidenten anzunehmen, um den Posten für Teng freizuhalten. Hohe Stellen deuteten an, daß am Totengedenktag Teng in seine früheren Ämter wieder eingesetzt werde. Wandzeitungen hatten wiederholt seine Einsetzung als Premier gefordert.

Teng hatte die einzige großangelegte Schlacht im Bürgerkrieg durch seine überlegene Strategie gewonnen, seine Einheiten über den Jangtse gesetzt und damit die Niederlage der Nationalisten besiegelt, aber auch als Wirtschaftsführer und Parteisekretär hatte er sich auf das beste bewährt. Daß er noch immer auf seine völlige Rehabilitierung wartet, erklärt sich nicht nur aus seinem arroganten, selbstbewußten Charakter, der die rituellen Selbstbeichtigungen, die das Regime in solchen Fällen fordert, verabscheut, sondern auch aus einer tiefsitzenden Opposition im Politbüro, die nicht zugibt, daß seine Absetzung, von Mao selbst befohlen, ein schwerwiegender Fehler war. Auch ist nicht gewiß, ob Hua sich in seiner Stellung genügend gesichert fühlt, um die Macht mit einem so fähigen und scharf profilierten Mann zu teilen.

Die *Far Eastern Economic Review* in Hongkong bietet eine interessante Erklärung: Teng zog sich nach seinem Sturz zu seinen alten Kameraden der Zweiten Feldarmee zurück und fand Schutz beim Kommandanten der Kantoner Militärregion, Hsu Shih-yu. Dieser betrieb seine Rehabilitierung im Politbüro. Als dieses endlich bereit war, Teng auf den Totengedenktag hin in alle seine früheren Ämter einzusetzen, hatte dieser selber seine Bedingungen gesteigert. Er möchte nämlich Hsu Shih-yu als Verteidigungsminister an seiner Seite haben. Hsu hat sich im Süden und Westen, von Kanton bis Se-tschuan, Tengs Heimat, eine gewaltige Machtbasis, die fünf Provinzen und drei Militärregionen umfaßt, geschaffen und möchte nun seinen Einfluß in Peking geltend machen, wo eine Clique von Nordgenerälen an den Schalthebeln der Macht sitzt. Sollte wirklich eine solche südliche Koalition von Hsu und Teng gegen jene nördliche, die Hua zur Macht gebracht und eine nur dünn verschleierte Militärdiktatur errichtet hatte, zustande gekommen sein, dann könnte dies bedeuten, daß China erneut in Gefahr ist, in autonome Regionen zu zerfallen. Diese Gebiete würden also wieder unter unabhängigen «Warlords» stehen, weil es keine einigende Vaterfigur mehr gibt und weil auch das Politbüro seine integrierende Funktion verloren hat. Tengs Karriere wird daher in den nächsten Monaten anzeigen, wie labil oder stabil die Machtverhältnisse in der Volksrepublik geworden sind.

### Hintergründe

Hinter der Auseinandersetzung zwischen den Pragmatikern und Radikalen zeichnen sich tiefwurzelnde Tendenzen der Ge-

schichte ab. China war immer ein Bauernland, das dem Meer den Rücken zuwandte. Seine einzige Bedrohung kam während Jahrtausenden nur über die offene Grenze gegen Zentralasien. Erst durch den Druck der Westmächte von den Hafenstädten her wurde im letzten Jahrhundert eine Umorientierung nötig: Handel, Industrie, Seeverkehr, westliche Wissenschaft und Technik stehen seither im Gegensatz zur uralten, konservativen Bauerngesellschaft. Die revolutionären Anstöße kamen aus den südlichen Küstenprovinzen, woher Sun Yatsen, Tschiang Kajschek, Tschou En-lai stammen. Mao selber, wie auch Hua, stammte aus Zentralchina; er reiste nie ins Ausland (außer Rußland) und stand im Grunde immer allem Ausländischen skeptisch gegenüber. Seine Strategie des Guerillakriegs leitet er von einem klassischen Roman über einen Bauernaufstand ab. Die Intellektuellen und Studenten zwang er zu einem mehrjährigen Landdienst.

Die Pragmatiker dagegen kommen ohne die romantische Revolutionsideologie aus; ihre Priorität liegt in der schnellen Modernisierung. Sie öffnen daher das Land der westlichen Technologie und Wissenschaft und bestehen auf Leistung im Schulwesen. Eine Anklage gegen Tschiang Tsching geht dahin, daß sie den Ausbau der Marine verhinderte. Das neue China blickt auf das Meer; es sucht den Kontakt mit der Welt. Deshalb besitzt der Ausbau der Marine heute Priorität.

Die Umorientierung wird in vielen Aktionen deutlich. Radio Peking beispielsweise strahlte kürzlich eine Verlautbarung einer Studiengruppe des Generalstabs aus. Darin wird zugegeben, daß die Kampagne gegen Lin Piao und Konfuzius, die 1973–1976 das politische Leben beherrschte, ursprünglich von Mao gegen hohe Offiziere, die für sich Privilegien in Anspruch nahmen, geplant war, aber bald von der Schanghaier Mafia in einen Angriff auf Tschou und die Pragmatiker umfunktioniert wurde. Mit der Verurteilung des in mythischer Vorzeit von Konfuzius zum idealen Herrscher erhobenen Herzogs von Tschou sei in Wahrheit Tschou En-lai gemeint gewesen; seine Gegner hätten dadurch sein Leben verkürzt. Es seien in der Kampagne auch xenophobe Tendenzen deutlich erkennbar gewesen. Durch diese Radiosendung wurde mit einem Schlag eine dreijährige intensive Propaganda in Fernsehen, Radio, Kino, Theater, Schule, Fabrik und Kommune einfach in den Wind geschlagen. Kein Wunder, daß die Chinesen Mühe haben, die rotierende Parteilinie im Auge zu behalten.

### Maos Stellung

Die Neuorientierung der chinesischen Politik kommt nicht darum herum, die von Mao eingeschärften Richtlinien zu revidieren. Tengs Rehabilitierung, Tschiang Tschings Sturz und die Enthüllung über die Antikonfuziuskampagne implizieren Kritik am Maoismus. Die Entmythologisierung des großen Vorsitzenden setzte schon bald nach seinem Tod ein. Trotzdem kann China auf die Gestalt Maos, der zur traditionellen Figur des Gottkaisers erhoben wurde, in dem alle Loyalitätsverpflichtungen innerhalb der feudalen Gesellschaft zusammenlaufen, nicht verzichten. Eine Götterdämmerung kann sich die Regierung selbst in dieser Umwälzung nicht leisten. Daher machte sich Hua bei der Machtübernahme sofort zum Herausgeber der Gesammelten Werke Maos. Der erste Vorwurf gegen die Schanghaier war, daß sie Maos Testament gefälscht hätten. Wer Maos Schriften verwaltet, bestimmt die Orthodoxie, und damit die ideologische Basis des Regimes.

Mitte April erschien in einer Millionenaufgabe der fünfte Band seiner Gesamtausgabe. Überall waren die Läden festlich geschmückt, in Peking herrschte Feststimmung mit Trommeln, Feuerwerk und Musik. Der Band enthält siebzig Artikel aus den Jahren 1949–1974, davon sechszwanzig Erstpublikationen. Auffällig ist, daß Mao schon 1957 den Konflikt mit der Sowjetunion voraussah und den Ausgleich mit Amerika anstrebte. Er

hielt es für möglich und notwendig, die USA in fünfzig oder sechzig Jahren zu überholen, wofür nach zwanzig Jahren allerdings noch keine Anzeichen bestehen. Die Schriften enthalten vor allem Äußerungen aus den Jahren, als Mao sich extremer dogmatischer Verlautbarungen enthielt, und sie dienen daher dazu, den gemäßigten Kurs der heutigen Regierung ideologisch zu unterbauen.

### Taching

Am 20. April wurde im Ölgebiet Taching in der Mandschurei die größte Konferenz von Industriemanagern seit Bestehen der Volksrepublik eröffnet. Von Hua Kuo-feng einberufen, versammelten sich 7000 Industrieführer vom ganzen Land, um die Methoden zu diskutieren, wie China bis Ende dieses Jahrhun-

derts seine Landwirtschaft und Industrie auf Weltniveau bringen könnte. Bei der Eröffnung erwähnte ein ungenannter Sprecher, das sei das große Ziel, das Tschou En-lai vor seinem Tod seinen Nachfolgern gesetzt habe. Das heißt, daß Teng Hsiao-ping bereits die Szene dominiert. Er ist das lebende Symbol für diesen Kurs, der zwar China nicht in eine Demokratie verwandeln wird, aber doch ein menschenwürdigeres Dasein für die nur knapp über dem Existenzminimum schuftenden Massen verspricht. Was aber ein modernisiertes China als hochqualifizierte Industriemacht mit niedrigsten Löhnen und hoher Arbeitsdisziplin für die westliche Welt bedeuten wird, läßt sich leicht voraussehen, wenn man heute deren Klagen über die japanische Bedrohung hört.

Thomas Immoos, Tokio

## Kirche und Militärmacht in Lateinamerika (I)

Hand in Hand mit zunächst sporadischen, aber immer häufigeren Meldungen von Gewaltakten, deren Opfer in letzter Zeit vermehrt auch Priester, Ordensleute und sogar Bischöfe werden, bezeugen fortlaufende und zusammenhängende Informationen aus Lateinamerika einen Prozeß der *Militarisierung der politischen Macht*. Vor dreizehn Jahren (1964) in *Brasilien* begonnen, hat er sich in der Folge auf Bolivien, Chile, Uruguay und Argentinien ausgedehnt und eine heute ganz Lateinamerika, ja selbst asiatische Länder wie die Philippinen und Südkorea überschwemmende *Ideologie der «Nationalen Sicherheit»* ausgebildet. Darauf wurde in der Orientierung bereits am Ende des letzten Jahres (Nr. 23/24, S. 258f.) kurz hingewiesen, und zwar in einem Bericht, der den Titel «Hauptprobe in Riobamba?» trug. Es ging darin um den sensationellen Polizeicoup gegen eine Studientagung von Bischöfen, Priestern und Laien aus zwölf lateinamerikanischen Ländern im August 1976. Der Verfasser, Prof. Emilio Schaer sah darin nicht nur ein Signal, daß jetzt auch Ecuador von der Sicherheitswelle erfaßt werde, sondern daß hinter der Aktion eine Absprache und engere Zusammenarbeit der Militärregierungen von Ecuador, Brasilien und Chile stand. In der gleichen Nummer konnten wir noch einen Passus aus einem Hirtenbrief von 38 brasilianischen Bischöfen und Kardinälen vom November 1976 veröffentlichen, worin die Ideologie der Nationalen Sicherheit, insofern sie sich «über das Bedürfnis der persönlichen Sicherheit erhebt» und in der Art, wie sie sich «über den ganzen lateinamerikanischen Kontinent ausbreitet», mit dem verglichen wurde, «was auch in den Ländern unter kommunistischer Herrschaft geschah».

### Vor einem «neuen Medellín»

Heute nun wollen wir uns eingehender damit befassen, wie die katholische Kirche bzw. die (regional verstandenen) «Kirchen» auf diese Entwicklung reagieren und welche Wechselwirkung allenfalls zu konstatieren ist. Ein solcher Überblick – trotz allem was er an Gefahren der Pauschalisierung mit sich bringt – scheint um so mehr angezeigt, als im Vatikan für das kommende Jahr 1978 ein «neues Medellín» angekündigt worden ist. Gemeint ist die Einberufung einer «*dritten Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopats*» aus Anlaß des zehnten Jahrestags jener Versammlung von Medellín, die Papst Paul VI. anlässlich seiner Reise nach Kolumbien persönlich eröffnet hatte. Angesichts der Spannungen zwischen Kirche und Staat in mehreren Ländern, die sich im Vorfeld dieser kontinentalen Bischofssynode möglicherweise noch verschärfen werden, ist der Entscheid des Papstes als mutiger Schritt zu werten, der seine Solidarität mit den neuen «leidenden Kirchen» in Übersee bezeugt. Welches Gewicht ihm auch in politisch interessierten Kreisen beigemessen wird, beweist ein großaufgemachter Arti-

kel in «Le Monde Diplomatique», Frankreichs meistgelesener Monatsschrift. Der Anlaß gibt ihr Gelegenheit zu einem Rückblick auf Medellín 1968 und die seitherige Entwicklung im Verhältnis der beiden «einzigen im ganzen Kontinent vergleichbar vorhandenen Mächte», nämlich *Kirche und Militär*. Der Aufsatz<sup>1</sup>, den wir im folgenden mitberücksichtigen, beschränkt sich allerdings im wesentlichen auf den «Südkegel» des Kontinents, wo die Lehrmeister der Methoden der «Nationalen Sicherheit» zu suchen sind. Neuerdings macht aber auch Mittelamerika von sich reden.

### Im Blickfeld: Zentralamerika

Zunächst war es *Guatemala*, das die Aufmerksamkeit auf sich zog: das große Erdbeben vom Februar 1976, so wurde man gewahr, hatte ein Land und Volk heimgesucht, das schon zuvor von Armut und Elend, Unterernährung und Krankheit, Ausbeutung und Gewalttätigkeit gezeichnet war.<sup>2</sup> Die Bischofskonferenz veröffentlichte im Sommer 1976 ein Dokument, das den Titel «Vereint in der Hoffnung» (Unidos en la esperanza) trug. Es analysierte kritisch die Situation, die nicht nur einen Wiederaufbau wegen des Erdbebens, sondern «seit jeher mehr Gerechtigkeit» erfordere. Das Dokument traf den Kern der Sache, insofern es von «institutionalisierter Gewalt» sprach, die im Lande herrsche. Dagegen erhob sich eine lebhaft Polemik. Und während ein breiter Sektor der Arbeiterbewegung dem Dokument zustimmte, dem auch die Vereinigung der Ordensleute in Guatemala, «Confregua» genannt, voll anhing, wurde es von Persönlichkeiten der Regierung der Demagogie bezichtigt.

In *Nicaragua* – das Land des Priesterdichters Ernesto Cardenal – sah sich zu Beginn dieses Jahres 1977 die Bischofskonferenz zu einem energischen Protest gegen konkret genannte Ungerechtigkeiten und Gewaltmaßnahmen (willkürliche Verhaftungen, Folterungen, Verletzungen der Grundrechte) in den Berggebieten von Zelaya, Matagalpa und Las Segovia veranlaßt. Auf dem Titelblatt sah man zwei Militärstiefel, die zwei nackten Bauernfüßen folgten. Die Schrift konnte nur im geheimen verbreitet werden; die Veröffentlichung in den Publikationsorganen wurde von der Regierung verboten.

### Verfolgung in El Salvador

Direkter gegen die Kirche gerichtet spitzten sich die Dinge in *El Salvador* zu. Der Ernst der Lage und die mangelhafte bis grob verfälschte Information in den staatlich kontrollierten Medien

<sup>1</sup> Von Jean-Pierre Clerc. Le Monde Diplomatique, Paris, Februar 1977.

<sup>2</sup> Vgl. die Lagebeschreibung in: Cultrun, Chile-Lateinamerika-Bulletin, Nr. 8, März 1977 (Cultrun: 8038 Zürich, Reginastr. 29).

veranlaßten den Erzbischof von San Salvador, Mgr. *Oscar A. Romero*, vom 1. März an eigene Informationsbulletins herauszugeben und über Radio YSAX zu verbreiten. Die ersten fünf Bulletins wurden zusammen mit weiteren Dokumenten in einer «Außerordentlichen Publikation des Erzbistums San Salvador» vom 19.3.77 abgedruckt, die uns inzwischen vorliegt. Man sieht daraus, wie schon im Monat Februar mehrere Ausweisungen, zum Teil in brutaler Form (Verhaftung, Deportation, Folterung) erfolgt waren und ein eigentlicher Überfall auf eine Pfarrei (San Martín) durch nicht weniger als vierzig Militärs, Angehörige der Nationalgarde und Zivilagenten stattgefunden hatte.

Das Bulletin gibt genau die Farbe und die Nummern von zwei an dem Überfall beteiligten Wagen an. Weiterhin sind die Abschiedsbriefe von zwei ausgewiesenen Priestern wiedergegeben, die diese aus dem Gefängnis in Guatemala an ihre Bischöfe in San Salvador geschrieben haben. Der eine, ein Amerikaner namens *Bernard Survil*, erklärt, relativ gut behandelt worden zu sein; der andere hingegen, *P. Guillermo Denaux* aus Belgien, berichtet, daß man ihn, bevor er nach Guatemala abgeschoben wurde, auf der Guardia Civil seiner Kleider und Papiere beraubt und während zwanzig Stunden unter dem Spott der Soldaten nackt an Händen und Füßen in die Stahlfedern eines Bettes eingefesselt habe liegen lassen: man ließ ihn weder austreten, noch bekam er auch nur Wasser zu trinken.

Der unmittelbare Anlaß für die Publikation war aber der «Duelo nacional», die nationale Trauer über die Ermordung des Pfarrers von *Aguilares*, Pater *Rutilio Grande SJ*, und seiner Begleiter (vgl. Orientierung Nr. 9, Titelseite). Sie werden jetzt die «Märtyrer von Paisnal» genannt, denn das Attentat erfolgte, als die drei zu einer Meßfeier in *El Paisnal*, dem Geburtsort des Pfarrers, fuhren.

Das erzbischöfliche Bulletin legt den Nachdruck auf die «notorische Abwesenheit» der staatlichen Autoritäten zu den üblichen Hilfeleistungen und zur Abklärung des Mordfalls. Das öffentliche Telefon von *Aguilares* habe nicht funktioniert und die Untersuchung durch einen Arzt mit gerichtsmedizinischer Erfahrung habe das Erzbistum selber veranlassen müssen. Verschiedene Gremien der Kirche im Verein mit dem Erzbischof fordern inzwischen vom Präsidenten der Republik mit eindringlichen Appellen eine gerichtliche Verfolgung der Tat. Diese muß von Leuten verübt worden sein, die mit Armeewaffen vertraut waren. Sie schossen aus einem fahrenden Wagen. Die Schüsse durchdrangen die Metallwände und die Sitzlehnen des von Pater *Rutilio* gelenkten Fahrzeugs. Es waren Kugeln «großen Kalibers».

### Die Bischöfe wehren sich

Für uns bedeutsamer als diese detaillierten Angaben, die offensichtlich an die Verantwortung der Regierung appellieren, ist die Situierung der verschiedenen Vorfälle in einem Gesamtbild. Dieses bietet uns die «Botschaft» der *Bischofskonferenz* von El Salvador vom 5. März, auf die wir in Nr. 9 nur kurz hinweisen konnten. Danach hat ganz allgemein die Repression gegen die *Campeños* und all jene, die sie in ihrer «gerechten Bewußtwerdung» begleiten, zugenommen, und zugenommen hat auch die Zahl der Toten und der «Verschwundenen» sowie die Folter als «Mittel zur Einschüchterung».

In vielen Familien, so heißt es weiter, herrsche Angst und Trauer, vor allem seit der Verschärfung der Lage «im Ambiente nach den Wahlen». (Gemeint sind damit die Präsidentschaftswahlen vom 20. Februar: Daß ihnen eine neue Welle der Repression folgte, erklärt sich leicht, wenn man weiß – was im Bischofsdokument nicht steht –, daß bei diesen Wahlen wie schon 1972 die Opposition gewann, die Regierung und die Militärs aber wiederum durch massive Fälschung des Wahlergebnisses einen Machtwechsel verhinderten.)

Eine speziell gegen die Kirche geführte Pressekampagne wird von den Bischöfen den beiden Wirtschaftsorganisationen *FARO* und *ANEP* zugeschrieben: dabei sei nicht einmal die Würde des vor einem Jahr zurückgetretenen 76jährigen Erzbischofs *Chavez y Gonzalez* respektiert worden. Es folgten, so heißt es weiter, Verleumdungen, Drohungen und Einschüchterungen gegen Priester und Laien, Institutionen und Publikationen christlicher Richtung. In diesem Kontext also erfolgten dann auch die Ausweisungen ausländischer Priester für die die Bischöfe ausdrücklich die «militärischen Autoritäten» verantwortlich machen. Entgegen allem bisherigen Brauch sei in diesen Fällen keinerlei Aus-

sprache mit den Verantwortlichen der Kirche erfolgt. Diese befürchten deshalb noch weitergehende Maßnahmen seitens derselben Autoritäten, seien es noch mehr Ausweisungen, seien es Behinderungen der Einreise für ausländische Priester (die in Lateinamerika einen großen Prozentsatz ausmachen), sei es Bedrohung auch der einheimischen Priester. Die Befürchtungen haben sich in der Zwischenzeit (bis Anfang Mai) leider bewahrheitet, wobei im jüngsten Fall von Verhaftung und Ausweisung eines jungen Jesuiten deutlich wird, wie die Polizei nachgerade wahllos den erstbesten Priester schnappt und wie auch das Innenministerium in seiner offiziellen Verlautbarung nicht vor eklatanten Lügen zurückschreckt.<sup>3</sup>

Den Bischöfen von San Salvador geht es, wie sie zusammenfassend sagen, um die elementaren Menschenrechte. Bei deren Verletzung scheint das Schlimmste zu sein, wie dazu geschwiegen wird. Deshalb erheben die Bischöfe ihre Stimme. Sie wenden sich aber nicht nur gegen die einzelnen, extremen Verstöße. Sie situieren die Ereignisse in den «dramatischen sozialen Bedingungen» unter denen das Land lebe und die sowohl von den Statistiken wie von der einfachen Erfahrung im Zusammenleben mit der «Mehrheit» der Bevölkerung erhärtet würden. Was für ganz Lateinamerika gelte, bestätige sich für El Salvador: Über große Gruppen von Menschen breite sich das Elend aus, und die Situation sei nicht anders zu kennzeichnen als mit «kollektiver Ungerechtigkeit» und «institutionalisierter Gewalt».

### Medellin als Richtpunkt

Diese Formulierungen, von denen wir die zweite schon oben im Dokument der Bischofskonferenz von Guatemala angetroffen haben, sind nicht neu: vielmehr berufen sich die salvadorianischen Bischöfe dafür ausdrücklich auf die Dokumente von *Medellin* (hier: Dokument Nr. 2, «Der Friede»). Sie sind offensichtlich auch heute noch Grundlage und Richtschnur, und zwar keineswegs nur zur formellen Rechtfertigung von Stellungnahmen und Aktivitäten, sondern auch im Sinne einer emotional wirksamen Basis für die eigene Überzeugung. Um das nachzufühlen, muß man als Kommentar zur Botschaft des Episkopats den Schluß der Predigt des ermordeten Pater *Rutilio* lesen – Auszüge brachten wir in Nr. 9, S. 97f. –, deren voller (ab Tonband gewonnener) Wortlaut den größten Raum in der erzbischöflichen Publikation einnimmt. Diese Predigt, heute als das Testament eines Märtyrers betrachtet, galt, wie wir sahen, als sie gehalten wurde, einem eben gewaltsam vertriebenen, aus Kolumbien gebürtigen Mitbruder. Sein Los stellte der Prediger in eine Linie mit dem Zeugnis, das in umliegenden Ländern andere Bekenner und Märtyrer gegeben hätten: seine Tätigkeit und seine Einstellung aber identifizierte er mit dem Auftrag von *Medellin*, jener «großen Versammlung der Kirche Lateinamerikas», vor deren Eröffnung in *Bogotá*, der Hauptstadt Kolumbiens, sich erstmals ein Papst direkt an die *Campeños*, die Armen dieses Kontinents, gewendet habe. Nicht ohne Bewegung liest man, wie der bereits von Todesdrohungen umgebene Priester eben jene Worte wiederholt, die am 23. August 1968, dem «Tag der Entwicklung» auf dem Eucharistischen Kongreß, der Heilige Vater, Paul VI., an die 200 000 Landarbeiter richtete, die vom Bund christlicher Gewerkschaften (*CLASC*) eingeladen, mit Vertretungen aus allen Ländern Lateinamerikas in *Bogotá* zusammengeströmt waren: Fast neun Jahre danach wird der Papst beim Wort genommen, und der Zeuge, der auf die vom Papst bekundete Solidarität pocht, weiß sich zugleich von jener Kollegialität getragen, die vom Konzil in Rom für die ganze Kirche proklamiert, in *Medellin* ihre Aktualisierung für Lateinamerika fand.

<sup>3</sup> Der erst im Dezember 1976 zum Priester geweihte Pater *Jorge Sarsanedas SJ* (30) aus Panama wurde angeblich am 1. Mai, morgens 9 Uhr, bei der Auflösung einer Demonstration, zu der er aufgehetzt haben soll, in flagranti verhaftet. In Wirklichkeit predigte der junge Pater am 30. 4./1. 5. auswärts (*Tutueltepeque/Nejapa*) ein Patrozinium: die Polizei griff ihn auf, als er abends mit dem Bus eintraf.

## Inspiration aus Brasilien

Blenden daher auch wir für einige Augenblicke auf jene Tage zurück. Die Eröffnung der Konferenz fand im Anschluß an den Eucharistischen Kongreß in der Kathedrale von Bogotá im Beisein des Papstes statt. Bogotá ist Sitz des *Lateinamerikanischen Bischofsrates* (Consejo Episcopal Latinoamericano = CELAM). Die Geschichte der Konferenz von Medellín (dorthin siedelte man nach der Eröffnung über), ihre Vorbereitung und ihre Nachwirkung ist eng mit der Entwicklung und den Einrichtungen dieses übernationalen, kontinentalen Gremiums verbunden, das in der Weltkirche seinesgleichen sucht.

Gegründet war der CELAM noch im Pontifikat Pius XII. worden, und zwar im Jahre 1955, unmittelbar nach dem Eucharistischen Kongreß und der ersten lateinamerikanischen Generalkonferenz von Rio de Janeiro. Die treibende Kraft dieser beiden Anlässe war der junge Sekretär der brasilianischen Bischofskonferenz, Don *Helder Câmara* gewesen: Im Vorfeld der Konferenz von Medellín, zwölf Jahre später, stand wiederum die inspirierende und maßgebende Arbeit Helder-Câmaras, der inzwischen Erzbischof von Recife im armen, abgelegenen Nordosten Brasiliens geworden war. Von dort aus hatte er eine Arbeitsgruppe von 32 brasilianischen Bischöfen gebildet und das von ihr ausgearbeitete Arbeitsdokument wurde weitgehend die Grundlage für die Beratungen und Beschlüsse von Medellín. Ihnen voraus gingen Beschlüsse der *gesamtbrasilianischen Bischofskonferenz*.

Man ist heute erstaunt, zu welcher Gewissenserforschung, zu welcher Reform und zu welchem Engagement schon damals die überwiegende Mehrheit des brasilianischen Episkopats bereit war und mit welcher Schärfe und Hellsichtigkeit sie die *Sicherheitspolitik* der Regierung, die völlig unchristlich sei, kritisierte. «Wie zur Zeit der *Naziherrschaft* in Deutschland», so erklärten die Bischöfe wörtlich, «nehmen gewisse Christen die Anordnungen des Regimes an, ohne sich Rechenschaft zu geben, daß sie den Forderungen des Christentums zutiefst widersprechen». Seit 1964, also vier Jahre lang, war damals in Brasilien das Regime an der Macht, das aus einer Gruppe der unter nordamerikanischem Einfluß geschulten Kriegsschul-Absolventen hervorgegangen war: ebendort war auch der Ursprung der *Sicherheitsdoktrin* zu suchen, die jetzt von den Bischöfen zusammen mit dem Regime angeprangert wurde:

«Die Freiheitsrechte der menschlichen Personen existieren in diesem Regime nicht, und die Demokratie ist nur ein Schlagwort, das die Wirklichkeit eines militärischen Totalitarismus verbergen soll.»

Es entsprach diesem Protest, daß einem mutigen Kampf für «tiefgreifende, dringende und kühne Strukturereformen» das Wort geredet und die «repressive» und «institutionalisierte» Gewalt verurteilt wurde, wie dies dann auch in Medellín geschah.

## Gegenkräfte

Den brasilianischen Beschlüssen standen allerdings diejenigen der *argentinischen* Bischofskonferenz zunächst diametral entgegen. Der Episkopat des zweitgrößten Landes des Südkegels wurde im Vorfeld von Medellín zu drei Vierteln als «konservativ» eingestuft. Opposition gab es übrigens auch in Brasilien, und zwar seitens der «Vereinigung zur Verteidigung der Tradition, der Familie und des Eigentums». Sie hatte es vor allem auf den damaligen Berater und Experten Helder Câmara, den belgischen Priester *Joseph Comblin*, abgesehen, der heute beim Bischof von Talca (Chile) lebt und als der Mann mit der lucidesten Diagnose der Ideologie der Nationalen Sicherheit gilt.<sup>4</sup> Mit flie-

<sup>4</sup> J. Comblin hat letztes Jahr in zwei von Jesuiten redigierten Zeitschriften, *Mensaje* (Chile) und *America* (USA), die Ideologie der Nationalen Sicherheit dargestellt. Diese sei in den 15 Jahren von 1949 bis 1964 in der *brasilianischen höheren Kriegsschule* entwickelt worden und begründe ein völlig neues Staatssystem auf drei Pfeilern: 1. «Geopolitik» (das Individuum ist nichts, die Völker sind Mythen, nur die «Nation» gilt), 2. *Totale Strategie* (kein Unterschied zwischen Kriegs- und Friedenszeit), 3. *Privilegierung des Militärs*. In die totale Strategie ist auch die Religion als enge Verbündete einbezogen: zugleich ist sie in ihrem eigenen Interesse vor jeder anderen Infiltration zu bewahren. Das Recht zur unbeschränkten Kontrolle aller Bürger besitzt die Sicherheitspolizei SNI (Brasilien), DINA (Chile) usw. (*America*, 21. 2. 76, S. 137ff.).

genden Aktionsgruppen sammelte damals die genannte Organisation eine Million Unterschriften unter ein Papier «gegen den Kommunismus», das in Wirklichkeit eine Petition an den Papst zur Abberufung «progressistischer Priester» war.

Nach alledem mußte es erstaunen, mit welcher Einmütigkeit die Versammlung von Medellín ihre Beschlüsse faßte. Dabei ist allerdings nicht zu vergessen, was alles geschah, um die Gegensätze und die Beschlüsse zu entschärfen. Nicht nur hatte man vorsorglich so umstrittene Experten und Freunde Helder Câmara wie Joseph Comblin und Ivan Illich nicht zur Versammlung eingeladen, auch eine vom CELAM aufgestellte Liste von zwanzig einzuladenden *Laien* wurde von der römischen Kurie abgelehnt: Was dann doch neben 155 stimmberechtigten Bischöfen und 120 Priestern und Ordensleuten an Laien (17) zu sehen war, zeichnete sich im ganzen mehr durch Schweigsamkeit als durch herausfordernde Voten aus. Die Kontrolle der römischen Kurie war auch sonst spürbar. Sichtbar verkörpert war sie durch den vom Papst als Ko-Präsident nach Medellín entsandten *Kardinal Samoré*. Dieser hatte allerdings im Jahr zuvor im Zuge der Kurienreform seine einsame Spitzenstellung in der *vatikanischen Kommission für Lateinamerika* (CAL) verloren, und wenn er zunächst als «Kontrollleur» nach Medellín kam, so erwies er sich andererseits am Schluß Rom gegenüber als Repräsentant dieser Versammlung. Er erreichte telephonisch die Bewilligung, daß die Beschlüsse vorgängig ihrer römischen Bestätigung veröffentlicht werden konnten.

Wenn man es nun bei den Beschlüssen von Medellín zum größeren Teil mit eher harmlosen pastoralen Empfehlungen zu tun hatte, so einmal weil man zum vornherein die nötige römische Bestätigung im Auge hatte, vor allem aber weil drei besonders heiße Fragen schon vor Beginn der Versammlung ihre autoritative Antwort durch den Papst erhalten hatten. Es waren die Fragen nach dem *Pflichtzölibat* der Priester (Enzyklika 1967), nach der *Geburtenregelung* (Enzyklika 1968) und nach der *Gewalt* bzw. gewaltsamer Revolution, wozu Paul VI. in seinen Ansprachen von Bogotá in Abschwächung der Enzyklika «*Populorum progressio*» (1967) Stellung nahm.<sup>5</sup>

Von den insgesamt 16 Dokumenten, von denen die meisten quasi einstimmig (mit nur eins bis fünf Neinstimmen) angenommen wurden, stieß immerhin eines auf eine erklärte Opposition: das Schema über die *Laien*. Hier gab es auf Anhieb 30 «non placet», was eine völlige Neubearbeitung nötig machte.

Die eigentliche Grenze ihrer Einmütigkeit aber fand die Versammlung ausgerechnet am Episkopat des Gastgeberlandes: *Kolumbien*. Sechs Bischöfe der kolumbianischen Delegation sagten nicht nur nein zum Schlußdokument: sie gaben für ihr Land ein *Gegendokument* heraus.

René Laurentin, der sich eingehend mit Medellín und seiner Vorgeschichte befaßt hat, schreibt dazu in seinem Buch: «Dieses Ausscheren ist der Triumph eines besonders effizienten Nuntius, der den Episkopat nach seinem eigenen Profil gebildet hat.»<sup>6</sup> Dieser Satz ist vor dem Hintergrund einer mit dem CELAM rivalisierenden Tätigkeit und Information der kurialen CAL über die Nuntien zu sehen. Es ist aber hinzuzufügen, daß Kardinal Samoré über das Ausscheren der Kolumbianer deutlich sein Mißfallen zum Ausdruck brachte. Die öffentliche Interpretation der kolumbianischen Stellungnahme gab übrigens der Erzbischof von Bogotá, *Kardinal Muñoz Duque*, selber am Vorabend der Schlußfeier in der Zeitung «Tempo» (Bogotá, 5.11.68). Er erklärte, die «Situation» in Kolumbien sei gut und solid: in diesem Land gebe es wenig mögliche Anwendungen der auf der Versammlung vorgebrachten Ideen. Über die wirkliche Lage und Elendsituation der Bevölkerung aber konnte sich jeder Teilnehmer von Medellín, der die richtigen Quartiere besuchte, aus eigener Anschauung ein Bild machen.

## Entscheidung für die Armen

War nun also Medellín wirklich der große Aufbruch der Kirche in Lateinamerika, ihre Bekehrung, ihr künftiger Maßstab und ihre große Charta?

<sup>5</sup> In diesem Punkt folgte die Versammlung allerdings nicht den mündlich vorgebrachten Äußerungen des Papstes, sondern der Enzyklika, d. h. sie kommentierte differenziert die dort zugestandenen Bedingungen für den legitimen Aufstand gegen die «Tyrannei», die auch in einer «Tyrannei der Strukturen» bestehen könne (vgl. u. a. Herder-Korrespondenz 1968, S. 492/3).

<sup>6</sup> *L'Amérique Latine à l'heure de l'enfantement*, Ed. du Seuil, Paris 1968, S. 155.

Wenn man auf den Widerhall sieht, den Medellín bis zum letzten Missionar irgendwo in den Anden gefunden hat, wird man sagen dürfen: Ja. Noch heute kann man in Publikationen lesen, alles Positive habe mit Medellín begonnen. Dabei waren es wohl weniger die einzelnen Beschlüsse als das Gesamtereignis zusammen mit dem Besuch des Papstes und die große Euphorie, die Medellín in den Jahren seit dem Konzilsbeginn vorausgegangen war. Während dort in Rom am Vatikanum II nur eine kleine Minderheit um Helder Câmara als Sprecher der Anliegen der Dritten Welt hervorgetreten war, wuchs in den Jahren danach das Bewußtsein, daß Lateinamerika *der katholische Kontinent der Entwicklung* – il desarrollo – sei. Zur Euphorie der Bischöfe trug nicht zuletzt der Sieg von *Eduardo Frei* in Chile im Jahr 1964 bei: man glaubte darin jene *politische Lösung* zu sehen, die man während des Konzils ja auch in Europa in Italien des Centro-Sinistra und in etwa in der Christdemokratie der Bundesrepublik kennengelernt hatte. Dabei ist anzuerkennen, daß viele lateinamerikanische Bischöfe sich nicht einfach von den europäischen Wirtschaftswundern oder gar vom Reichtum der bundesdeutschen Bistümer blenden ließen: sie kamen vielmehr von Rom mit dem festen Entschluß zurück, sich in ihrem ganzen Lebensstil zur evangelischen Armut zu bekennen und die «Kirche der Armen» nicht nur im Mund zu führen, sondern dafür auch Zeichen zu setzen. Sie sollten beweisen, daß die Kirche sich von der Verflechtung mit den Reichen und Mächtigen lösen und auf die Seite der Armen schlagen wollte. So verließen viele Bischöfe ihre Palais, sie verzichteten auch, wir bemerkten es schon, auf ihren Landbesitz und unterstützten, soweit es an ihnen lag, die Agrarreform. Auf derselben Linie lagen Beschlüsse auf dem Schulwesen. Wegweisend war hier das Dokument, für das der Generalobere der Jesuiten, *Pedro Arrupe*, sämtliche Provinziale von Lateinamerika zur Unterschrift gewann und das sich nicht scheute, «allen Reaktionen zum Trotz» ausdrücklich einen «Bruch mit der Vergangenheit» im Sinne einer radikalen, auch institutionellen und kollektiven *Bekehrung* zu fordern: *weg von den Werken unter den gehobenen Schichten und hin zum Leben mit dem Volk* (Dokument von Rio, Mai 1968: vgl. Orientierung 1968/12, S. 139ff.). All dies schien durch Medellín seine kontinentale und gesamtkirchliche Bestätigung zu finden.

### Kritik und Polarisierung

Andererseits ließ sich an Medellín von der Nähe besehen vieles kritisieren, und eine Minderheit sehr engagierter Priester und Laien fand die Beschlüsse geradezu «lächerlich ungenügend». Sie forderten in den folgenden Jahren die Bischöfe heraus durch Zusammenschlüsse wie die «Priester für die Dritte Welt» (Argentinien), «Priester für Lateinamerika» (Kolumbien), «Priester für die Befreiung» (Ecuador), «Solidarische Christen» (Mexiko), Gruppe ONIS für soziale Information (Peru) und schließlich, im Jahr 1971 die «Christen für den Sozialismus», deren Manifest in Chile von 80 Geistlichen unterschrieben wurde. In der gleichen Periode (Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre) wurde die Kirche in diesen Ländern aber auch durch eine Welle von Laisierungsgesuchen ihrer Priester erschüttert. Nach den Angaben von J. Comblin gab es in jenen Jahren «in Lateinamerika mehr Pfarrer, die heirateten, als irgendwo anders». Zudem wurden viele Bischöfe durch das Ende der christdemokratischen Ära Frei in Chile und die Wahl Allendes erschreckt. Manche zogen aus diesen Ereignissen den Schluß, daß Medellín im besten Fall ein «Endpunkt» war, über den man nicht hinausgehen durfte, im schlimmsten Fall ein «Augenblick der Verrücktheit», dessen Folgen so gut wie möglich einzudämmen waren.

Vom Jahre 1972 an sind im CELAM Bremser am Werk. Eine Versammlung in Sucre (Bolivien) tendiert deutlich auf Mäßigung. Als Präsident wurde der Brasilianer *Avelar Brandao Vilela* durch den bisherigen Sekretär, den Argentinier *Eduardo*

*Pironio*, abgelöst, und auf die Schlüsselstellung des Sekretärs rückte der Kolumbianer *Lopez Trujillo*. Dieser theologisch informierte Mann trat schon bald mit einer *Kritik an der Theologie der Befreiung* hervor. Anfänglich unter seinem Namen noch vorsichtig abgewogen (vgl. Orientierung 1974 S. 18ff. und S. 30ff.), hat diese Kritik inzwischen aber die Form einer immer militanteren Bekämpfung angenommen. Ja der belgische Jesuit *Veckemans*, der seinerzeit ein Berater von *Eduardo Frei* war und der heute das Ohr Trujillos zu haben scheint, hat geradezu einen weltweiten Kreuzzug gegen die Theologie der Befreiung inszeniert. In Deutschland ließen sich für den gleichen Kampf sein Mitbruder Pater *Rauscher* sowie der für die Misereor- und Adveniat-Werke zuständige Essener Bischof *Hengsbach* gewinnen. Dieser äußerte jüngst laut KNA nach der Rückkehr von einer Reise nach Brasilien und Kolumbien (2.–12. Mai) vor der Presse in Essen, die «sogenannte Theologie der Befreiung» führe «ins Nichts»: in ihrer Konsequenz liege «der Kommunismus». Man fragt sich, was solche pauschale und apodiktische Äußerungen – wenn sie stimmen – helfen und was sie über die derzeitige Tendenz im Generalrat der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika (CAL), in welchem Bischof Hengsbach Einsitz hat, aussagen. Besteht nicht die Gefahr, daß mit einer solchen Verurteilung der *Theorie* auch eine *Praxis* getroffen wird, wie sie seinerzeit zum Beispiel im erwähnten Dokument von Rio durch Pater General Arrupe und die Jesuitenprovinziale programmiert worden war:

«In all unserem Wirken muß unser Ziel die Befreiung des Menschen von jeglicher Form der Knechtschaft sein.»

### Antikommunistische Todesschwadronen

Das Etikett «Kommunismus» auch dem *Wirken* für die Befreiung aufzuprägen ist jedenfalls der große Slogan all derer, die in Lateinamerika heute in der *neuen Phase* nicht nur die «Basis», sondern bereits auch «Spitzen» der Kirche in ihre Verfolgung einbeziehen.

Wenn die Verhaftung der 17 Bischöfe in Riobamba für diese neue Phase die Overtüre war, so zeigte die auf dem Flugplatz Pudahuel in Chile inszenierte Beschimpfung von drei Rückkehrern jener Zusammenkunft, zu welchen Mitteln der Aufhetzung man nun greifen will. Schon wenige Tage zuvor, am 4. August, war in Argentinien, wo bekanntlich seit dem März letzten Jahres die Militärs an der Macht sind, der Bischof von La Rioja, *Don Enrique Angelelli*, in einer Weise umgebracht worden, die von der Polizei nachträglich mehr schlecht als recht als Unfall getarnt wurde. Er hatte übrigens gerade für eine Woche die Stelle von zwei am 21. Juli ermordeten Priestern in der Ortschaft El Chamental eingenommen. Vierzehn Tage vorher war in einer Pfarrei von Buenos Aires eine ganze Pallottinerkommunität (5 Personen) ermordet worden.

Besonders bezeichnend für den neuen «Stil» aber ist der Vorfall, wie er sich einen Monat nach Riobamba in Brasilien zugetragen hat. Dort überfiel eine Gruppe der rechtsextremen parapolizeilichen «Brasilianischen antikommunistischen Allianz» den Bischof von Nova Iguaçu, *Don Adriano Hypolito*, in der Banlieue von Rio. Sie schlugen und folterten ihn, zogen ihn vollständig aus, bestrichen ihn mit Mercurochrom (rot = kommunistisch) und ließen ihn so an einsamem Ort nackt liegen, bis er schließlich gefunden wurde. Der Grund für diese Behandlung wurde bald herausgefunden. Der Bischof hatte seit Jahren gegen die fast täglichen Mordanschläge einer anderen parapolizeilichen Gruppe, der berüchtigten «Todesschwadron», protestiert, für deren Untaten in seinem Sprengel nie eine Bestrafung erfolgt war. Übrigens wurde dem Bischof auch direkt eine Sinngebung für sein Los geliefert: «Unser Chef», so vernahm er, «hat uns gesagt, wir sollten Dich nicht töten: Du sollst lediglich lernen, nicht mehr Kommunist zu sein.» (Schluß folgt)

Ludwig Kaufmann

# GOTT ALS PSYCHISCHE FUNKTION ?

Psychische Ansatzpunkte für religiöses Verhalten (II)\*

Ur-Angst und Ur-Vertrauen, die beiden psychischen Dispositionen, mit denen wir uns in einem ersten Artikel befaßt haben, gehen auf eine gewisse Kontrapunktik des seelischen Erlebens und Erleidens zurück: Sie müssen nicht unbedingt zu religiösem Verhalten führen, sie bedingen nicht notwendig einen religiösen Zwang, aber sie können in vielen Fällen ein religiöses Verhalten immer wieder provozieren.

Ganz anderer Art scheint mir ein dritter psychischer Ansatzpunkt zu sein, der besagt, daß religiösem Verhalten eine eigene psychische Funktion zugrundeliege, daß in der Seele sich eine religiöse Funktion melde und Berücksichtigung fordere.

Der profilierteste Vertreter dieser Hypothese ist wohl C. G. Jung. Jung hat sehr oft zu Fragen religiöser Symbolik längere Abhandlung verfaßt, um aufzuzeigen, wie sehr solche Symbole universell und spontan in vielen Religionen auftreten und insofern aus seelischen Dispositionen zu verstehen sind. Er nannte diese Dispositionen, soweit sie sich immer aufs neue manifestieren und in ähnlichen Formen konkretisieren, Archetypen. Archetypen sind für ihn gleichsam Ureinschläge, Dominanten, die zur Seele gehören, ob sie nun durch Vererbung weitergegeben wurden oder einfach zur Struktur der Psyche gehören. Der Psychologe hat nicht über ihr Entstehen zu befinden, er kann nur ihr universelles Vorhandensein feststellen oder aus den ständigen Konkretisierungen erschließen. Darum ist für Jung die Seele keine Tabula rasa, keine weiße Leinwand, auf die erst der Griffel des Lebens eine Zeichnung einträgt, sondern ein lebendiger Organismus, mit einer mitgebrachten, auf primäre Ziele ausgerichteten Dynamik. Die Archetypen verbürgen die Entwicklungsprozesse der einzelnen und der Gruppen, garantieren im weitesten Sinne den Vollzug der lebensnotwendigen Tätigkeiten und implizieren damit einen immanenten Sinn der Funktionen. Jung spricht dabei immer aus der Erfahrung des Psychiaters und Psychotherapeuten. Gerade die Sinnfrage begegnet ihm da in besonderer Weise. Nicht allein der Sinn des Leidens und des Bösen wird zur quälenden Frage dieser Patienten, sondern der Sinn des Lebens überhaupt. Hinter nicht wenigen Suizidversuchen steht die Frage – oft verzweifelt gestellt – nach dem allerletzten Sinn des Daseins.

Jung faßte seine Erfahrungen in dieser Hinsicht lapidar zusammen: «Unter allen meinen Patienten jenseits der Lebensmitte, das heißt jenseits 35, ist nicht ein einziger, dessen endgültiges Problem nicht das der religiösen Einstellung wäre. Ja, jeder krank in letzter Linie daran, daß er das verloren hat, was lebendige Religionen ihren Gläubigen zu allen Zeiten gegeben haben, und keiner ist wirklich geheilt, der seine religiöse Einstellung nicht wieder erreicht ...» Es dürfte nicht schwierig sein, diese Erfahrung Jungs durch Aussagen anderer analytischer Psychologen bestätigen zu lassen. Meine eigene Erfahrung geht in der gleichen Richtung. Man kann als Therapeut jahrelang die Sexual- und Berufsproblematik, aber auch die Charakterschwierigkeiten analysieren und besprechen, ohne sich dieser Sätze Jungs zu erinnern. Dann aber stellt man nicht selten fest, daß sie entscheidend sind und daß man das bisher Versäumte nachholen muß.

Die Hypothese, daß in der Seele ein höchster Archetypus als Gottesbild wirkt, scheint damit nicht aus der Luft gegriffen zu sein. Wenn dieses Gottesbild in den verschiedenen Weltreligionen auch recht mannigfache Züge trägt (man denke an indische und ostasiatische Götterbilder, mit ihren vielen Armen und oft auch mit mehreren Köpfen), so stimmen die wesentlichen Züge der Allmacht, der Weisheit, der Gelassenheit doch deutlich

überein. Wenn im Judentum das Verbot galt: «Du sollst dir von Gott kein Bild machen», so zeigt dies nicht nur den bewußten Gegensatz einer auf die direkte Offenbarung und damit auf eine besondere Auserwählung sich berufenden Theologie, die sich im Gegensatz zu allen übrigen Religionen wußte, sondern auch die ständige Versuchung und den nicht auszurottenden Drang des Volkes, sich trotzdem ein Bild von Gott zu machen. Diesem inneren Bedürfnis nach Gottesbildern hat das Neue Testament und das Christentum im Verlaufe seiner Geschichte durchaus Rechnung getragen, auch wenn es genau weiß, daß alle diese Gottesbilder weit entfernt von der wirklichen Realität Gottes bleiben und eben mehr Ausdruck der menschlichen Bedürftigkeit und Notwendigkeit sind.

Die Psychologie von C. G. Jung ist aber wenigstens teilweise im Gegensatz zur Triebpsychologie von Freud eine Bildpsychologie, wobei die symbolischen Bilder nur die Kehrseite der Triebe sind und bewirken sollen, daß die Triebe nicht blind ihre Dynamik austoben.

Der energetische Gesichtspunkt des psychischen Lebens ist aber bei Jung nicht vernachlässigt. Gerade in der Frage nach dem religiösen Verhalten des Menschen geht Jung, zunächst auch von der Dynamik der Psyche aus. Der grundlegende Satz von ihm lautet: «Etwas in der Seele ist von superiorer Gewalt». Auf dem Kraftfeld der Seele ist also eine zentrale Energie, die bewußt oder unbewußt alles dominiert und geheimnisvoll arrangiert. Diese superiore Gewalt ist für Jung nicht identisch mit der sexuell geprägten Libido von Freud oder dem machthungrigen Geltungstrieb von Alfred Adler. Für ihn ist die Energetik der Psyche allgemeiner auf mannigfache Primärbedürfnisse ausgerichtet, zutiefst jedoch auf die Realisierung dessen, was er das «Selbst» des Menschen nennt. Dieses Selbst gilt ihm als Ausgangspunkt, virtueller Mittelpunkt und Endpunkt aller biologischen und psychischen Prozesse. Die Auszeugung dieses Selbst ist für Jung von «superiorer», energetischer Gewalt.

Damit wird das Problem unausweichlich, wie dieses hypothetische Selbst sich zur Idee eines höchsten göttlichen Wesens verhält. Das Eigentümliche nämlich ist, daß die Symbole, in denen das Selbst sich nach Jung manifestiert (als Symbole des Traumgeschehens, aber auch der künstlerischen Gestaltung und der gesamten kulturellen Tätigkeit) sich nicht unterscheiden von den religiösen Symbolen des Gottesbildes fast aller Religionen: man denke etwa an den rotierenden Sonnenball (wie er ja auch in Fatima-Visionen vorkommt), an das «goldene Haus», wie es etwa in der Litanei von Maria ausgesagt wird, oder man stelle sich vor die tausendblättrige Rose der Fassade mittelalterlicher Kathedralen und erinnere sich an die «Rosa mystica», oder auch an den Löwen als Königssymbol, bis zum «Löwen aus dem Stamme Juda». Ein sehr großes Bildmaterial in der Casa Eranos zu Ascona und im Jung-Institut in Zürich illustriert diese zunächst überraschende Feststellung der Vertauschbarkeit der Symbole des Selbst mit jenen eines Gottesbildes. Es wäre verständnislos, wollten wir hier von einer hybriden Überschreitung des psychologischen Bereiches in theologische Gefilde sprechen. Statt die unheimliche Nähe der beiden Bilder als verwirrend und als psychologistische Haltung zu verurteilen, könnte man versuchen, Jungs eigene Erklärung zu verstehen. Er meint: «Auf alle Fälle muß die Seele eine Beziehungsmöglichkeit, das heißt, eine Entsprechung zum Wesen Gottes in sich haben, sonst könnte ein Zusammenhang nie zustande kommen. Diese Entsprechung ist, psychologisch formuliert, der Archetypus des Gottesbildes». – Die Anhänger der dialektischen Theologie werden sich an solchen Sätzen stoßen. Für sie ist Gott ja immer der «Ganz Andere».

\* Vgl. den ersten Artikel in Nr. 9, Seite 99 ff.

Für sie sind eine seelische Struktur und seelische Ansatzpunkte, die einen Zugang zu Gott und seiner Botschaft freigeben, gerade nicht der richtige Zugang. Man müsse gegen den Strich glauben. Religion muß für sie unter allen Umständen unbequem sein, muß ein ständiges Konfliktbewußtsein schaffen. Ein Archetypus Gottes in der Seele als Beziehungsmöglichkeit zum wahren Gott ist ihnen das schlimmste Ärgernis, damit würde das religiöse Verhalten zu leicht gemacht, zu billig, zu bequem. –

Nur: Jung könnte sich auf den Anfang des Alten Testaments berufen (1. Mos 1,27), daß «der Mensch nach Gottes Ebenbild geschaffen wurde» ... daß also Spuren des Göttlichen im Menschen zu entdecken sind, so daß wir nicht notwendig nur Widersacher Gottes sind und aus unserem Wesen heraus seine Feinde. Die Kirchenväter waren jedenfalls anderer Meinung, wenn sie die Imagolehre sehr ernst nahmen und die zitierte Schriftstelle genauer zu interpretieren versuchten. (Es war für mich zunächst eine Überraschung, als ich bei meinem ersten Besuch bei C. G. Jung 1950 sehen konnte, daß die großen Folianten der Kirchenväter in seiner Griffnähe standen). –

Jung war kritisch genug, um zu wissen, daß der energetische Gesichtspunkt allein nicht tragfähig ist. Darum fährt er weiter: «Irgendetwas in unserer Seele ist von superiorer Gewalt – ist es nicht bewußt ein Gott, so ist es doch wenigstens der Bauch, wie Paulus sagt. Ich halte es darum für weiser, die Idee Gottes bewußt anzuerkennen, denn sonst wird einfach irgend etwas anderes zum Gott, in der Regel etwas sehr Unzulängliches und Dummes, was ein «aufgeklärtes» Bewußtsein so etwa aushecken mag». (Über die Psychologie des Unbewußten.) Die Hypothese eines Archetypus Gottes geht insofern einen beträchtlichen Schritt über den energetischen Standpunkt hinaus, als sie die Dynamik der Seele vom immanenten Gottesbild her richtig gelenkt sieht. So sagt Jung: «Die Idee eines übermächtigen, göttlichen Wesens ist überall vorhanden, wenn nicht bewußt, so doch unbewußt, denn sie ist ein Archetypus». Die psychische Dynamik wird mit dem inneren seelischen Urbild vereint, das als die «Idee eines übermächtigen, göttlichen Wesens» erlebt wird. – Ob diese Idee nun monotheistisch, polytheistisch oder animistisch sich manifestiert, ob Gott im Wahren, Guten, Schönen oder im Erschreckenden und Destruktiven erfahren wird, jedesmal geht etwas Übergroßes vor, erlebt die Seele den Einbruch des Numinosen. – Der Einfluß von Rudolf Ottó's «Das Heilige» ist unverkennbar. Für Otto war das Numinose ja charakterisiert durch das Beieinander des Fascinosum und des Tremendum, durch ein nicht zu überbietendes Glücksgefühl und einen Ur-Schauer, der erstarren macht. Augustinus aber hatte es genau so erlebt: «exardesco–inhorresco: ich erglühe und erschauere».

Die Vereinigung des psychisch-energetischen Potentials mit dem archetypischen, bildlichen Bereitschaftssystem eines höchsten Wesens darf also vielleicht als eine eigene Funktion angesehen werden, die als psychischer Ansatzpunkt zu religiösem Verhalten führen kann. Von dieser Sicht aus ist dann nur noch ein letzter Schritt zu vollziehen, wenn Jung erklärt: «Die Gottesidee ist eine schlechthin notwendige Funktion der Seele». – Was besagt hier schon Notwendigkeit? Mir scheint, Jung will damit sagen, die archetypische Dynamik wirke sich unter allen Umständen aus. Bei einer inneren Offenheit für den Archetyp Gottes bewirke sie Kraft, Friede und Freude – bei der Vernachlässigung aber führe sie zur inneren Leere, Sinnlosigkeit und Verzweiflung. Dieser Gedanke knüpft an jene bereits erwähnte Erfahrung Jungs an, daß Patienten nach der Lebensmitte nicht geheilt werden können, wenn sie nicht die religiöse Einstellung wieder finden. Der Gedankengang Jungs scheint so schlüssig und überzeugend zu sein, daß man gerade darüber stutzig wird und kopfschüttelnd sagen möchte: «Zu schön, um wahr zu sein». Sprechen nicht eben heute allzu viele Tatsachen gegen die scheinbar scharfsinnige Logik einer solchen Psychologie?

Jung würde bei dem Wort «Logik» aufbegehren und protestieren. Er würde auf etwas hinweisen, was ich bisher bei der Entwicklung seiner Gedanken unterschlagen habe, auf seine grundlegende Voraussetzung: daß der Gottesbegriff zwar eine schlechthin notwendige Funktion sei – aber, und dies ist entscheidend – : «irrationaler Natur», «die mit der Frage nach der Existenz Gottes überhaupt nichts zu tun hat». Der Gottesbegriff ist für Jung «irrationaler Natur». Er wird nicht von unserer Vernunft ausgeklügelt und mit allen logischen Feinheiten ausgestattet. Er bricht vielmehr aus den Tiefen des Kollektiv-Unbewußten herauf und beunruhigt als Archetyp unser meist so klägliches Bewußtsein.

Damit werden wir mit einem ganz anderen anthropologischen Denken konfrontiert, als es unser Schulverstand gelernt hat. Ein riesiger Kontinent des Unbewußten wird da vor unseren Augen erschlossen, der zu Abenteuern einer seelischen Raumfahrt verlocken könnte. Für Freud war das Unbewußte ja noch weitgehend das, was wir aus dem Bewußtsein verdrängt hatten, was uns unangenehm, lästig, peinlich, mit unserem Überich nicht als vereinbar erschien. Darum lautete die Forderung Freuds «Wo Es war, soll Ich werden» – der Mensch soll aus der Unbewußtheit zum Bewußtsein streben. Da konnte Jung nicht mitgehen. Für ihn war das Unbewußte nicht nur das Verdrängte, sondern zunächst auch das individuell Unentwickelte, das durch die Konditionen der Erziehung und des gesamten Kulturdruckes gleichsam als unbenützte Wertschrift der Seele liegengeblieben war. Aber auch das ist nur der kleinere Teil unseres unbewußten Feldes. Viel unübersehbarer ist das von Jung entdeckte «Kollektiv-Unbewußte», das der Mensch durch die jahrtausendlange Entwicklungsgeschichte mit sich trägt. Es ist gleichsam ein ungeheurer, nie auszuschöpfender Ozean, aus dem unser Bewußtsein nur wie eine kleine Insel emporragt. Hier ist die Heimat der Archetypen. Von diesem Ozean her fluten die Urkräfte mit ihren tiefsten Bildern an unsere Bewußtseinsinsel und suchen sie zu treffen, betroffen zu machen und zu befruchten.

Vielleicht verstehen wir nun, was Jung meint, wenn er sagt, die Gottesidee sei irrational, sei ein Archetypus. Er weiß sehr genau, daß alle Logiker sich an seinen Auffassungen stoßen werden, aber er antwortet ihnen: «So schön und vollkommen der Mensch seine Vernunft finden darf, so gewiß darf er auch sein, daß sie immerhin nur eine der möglichen geistigen Funktionen ist und sich nur mit einer ihr entsprechenden Seite der Weltphänomene deckt. Auf allen Seiten aber liegt drum herum das Irrationale, das mit Vernunft nicht Übereinstimmende. Und dieses Irrationale ist ebenfalls eine psychische Funktion, eben das kollektive Unbewußte, während die Vernunft wesentlich an das Bewußtsein gebunden ist.»

Wer dieses anthropologische Denken Jungs akzeptiert, wird kaum Mühe haben, auch die vorangehenden Behauptungen von der schlechthin notwendigen Funktion des Religiösen anzunehmen. Ähnlich wie der biologische Genotyp, so prägt auch der psychische Archetyp den Menschen. Das Irrationale ist nicht etwas Menschen-Unwürdiges, das allmählich überwunden werden muß, sondern es gehört zu jenem eigentümlichen Wesen des Menschen, daß neben einer mehr oder weniger gut ausgebildeten Ratio immer auch das Irrationale mit von der Partie ist. «Homo est animal rationale» lautet ja die scholastische Definition. Die Animalität, das Tierisch-Irrationale läßt sich aus der Natur des Menschen nicht eliminieren, der Mensch wird nie ein reiner Geist – er müßte dies nach Pascal teuer bezahlen; der in den Pensées, offenbar aus eigener Erfahrung, bedenken läßt: «Qui veut faire l'ange, risque de faire la bête». Von einem solchen anthropologischen Horizont her bedeutet es keine Degradierung, wenn die notwendige religiöse Funktion auch mit der irrationalen Natur verbunden ist. Religiöses Verhalten ist dann nicht mehr nur eine Angelegenheit vernünftiger Schlußfolgerungen und wohlüberlegten Motivationen, es wird durch die tiefste Struktur der Psyche gefordert.

Wenn Jung über seine Haustüre in Küsnacht die Inschrift anbringen ließ: «Vocatus atque non vocatus, Deus aderit» («Ob gerufen oder nicht gerufen, der Gott ist da»), so scheint er mir nicht allzuweit entfernt von jenem Wort des Hl. Paulus in der Rede auf dem Areopag: «In ihm leben wir, bewegen uns, sind wir» (Acta 17, 28). Das ist doch wohl auch bei Paulus kein Appell an die Vernunft, sondern an eine sehr tiefwurzelnde Erfahrung des ganzen Menschen.

Jung selbst hat an seiner Auffassung festgehalten. Noch ein Jahr vor seinem Tod, 1960, schrieb er: «Die entscheidende Frage für den Menschen ist: Bist du auf Unendliches bezogen oder nicht? Das ist das Kriterium seines Lebens».

Unsere Frage zu Beginn dieser Beiträge lautete: «Ist der Mensch so strukturiert, daß religiöses Verhalten für ihn notwendig ist, wenn er psychisch gesund bleiben will?» – Vielleicht ist es mir gelungen, zur Beantwortung dieser Frage drei psychische Ansatzpunkte beizusteuern. Wenn Albert Camus fragt: «Wäre es nicht besser für Gott, wenn man nicht an ihn glaubte?» so möchte ich mit Jung antworten: «Es ist besser für den Menschen, an einen Gott zu glauben».

Josef Rudin

## Wie wählen in Spanien?

Sechs Monate nach dem «Referendum» am 15. Dezember 1976, als eine überwältigende Mehrheit der demokratischen Reform grünes Licht gab, bereitet sich Spanien auf authentische Wahlen vor. Es handelt sich darum, bei allgemeinem Wahlrecht, direkt und geheim, die neue, gesetzgebende Gewalt (Cortes), welche aus einem Parlament von 350 Sitzen (Kongreß) und einer Hohen Kammer von 207 Senatoren (Senado) besteht, zu wählen: Der König kann dann noch bis zu 40 Mitglieder seiner freien Wahl hinzufügen.

Die Wahlkampagne ist inzwischen angelaufen, aber die Situation ist ohne Vorbild. Es handelt sich um die ersten demokratischen Wahlen seit 1936; die letzten fanden noch während der spanischen Republik, kurz vor Beginn des Bürgerkrieges und der persönlichen Diktatur von General Franco statt. Das heißt, daß die große Mehrheit der spanischen Bevölkerung, welche die Pseudowahlen der sog. «democracia orgánica» aus Francos Zeiten gewohnt ist, sich mit ganz neuen Gegebenheiten konfrontiert sieht. Die allgemeine Euphorie über die Erfahrung, von der Diktatur ohne Revolution und ohne außergewöhnliche Traumata losgekommen zu sein, ist nun in manchen Sektoren der öffentlichen Meinung einem Gefühl der Besorgnis gewichen. Das Auftreten einer unendlichen Zahl politischer Parteien – es sind an die 200 –, Hunderter von Wahlkombinationen, dazu die komplizierte Form der doppelten Stimme: in geschlossenen Listen für das Parlament und in Einzelbezeichnung der Personen für den Senat; dies alles bringt zum Bewußtsein, welcher gewaltigen Mangel an politischer Reife herrscht.

Die Situation ist verschieden von jener des «Referendums» im vergangenen Dezember. Damals hatte es genügt, «ja» oder «nein» zu antworten auf die einfache Frage, ob an der Diktatur festgehalten werden solle oder nicht. Diesmal ist es aber für die Leute, so muß man voraussetzen, viel komplizierter und schwieriger.

### Wenig gemeinsame Überzeugungen

Es kann ohne Übertreibung festgestellt werden, daß im heutigen Spanien die große Mehrheit des Landes mit nur wenigen Dingen einverstanden ist; manchmal nur in zweien in bezug auf die Innenpolitik. Das erste ist, daß König *Juan Carlos* sich als ein intelligenterer, vorsichtigerer und populärerer Monarch herausgestellt hat, als man angenommen hatte. Der junge Staatschef war schon von seiner Krönung an der eigentliche Förderer der De-

mokratic. Diese Überzeugung wurde in letzter Stunde noch verstärkt durch zwei bedeutende Tatsachen: die Zulassung einer eigenständigen kommunistischen Partei, die bis jetzt in ihren Programmen und Manifesten radikal republikanisch war, und die Abtretung der dynastischen Rechte, welche Juan de Borbón zugunsten seines Sohnes vollzogen hat: damit ist ein langweiliger Familienstreit beendet, der in einigen einflußreichen Sektoren der Monarchie seine Resonanz hatte. Don Juan Carlos wird heute vom spanischen Volk herzlich akzeptiert.

Die zweite mehrheitliche Überzeugung ist, daß der Präsident der Regierung, *Adolfo Suárez*, trotz seiner Jugend und seiner franchistischen Herkunft ein Politiker erster Größe ist, welcher mit außergewöhnlicher Geschicklichkeit einen blutigen Ausgang der Auflösung der Diktatur zu umgehen und eine echte moderne Demokratie zu errichten imstande war. Seine Unternehmungen, angefangen mit dem politischen Reformprogramm, weitergeführt mit der Legalisierung der Parteien, insbesondere der Kommunistischen Partei, gipfelnd in der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zu fast allen Ländern der Welt, haben ihn im In- und Ausland akkreditiert. Suárez kann denn auch vorläufig in großem Maße mit der Unterstützung des Volkes rechnen, welche sich in den bevorstehenden Wahlen widerspiegeln wird: von vielen wird ein klar mehrheitlicher Ausgang erwartet.

Diesen zwei Überzeugungen betreffend die Innenpolitik fügt sich eine dritte an, welche die internationalen Beziehungen betrifft. Spanien hat in diesem letzten Jahr seinen «Minderwertigkeitskomplex» verloren, welcher während langer Zeit auf ihm lastete. Seine Annäherung an Westeuropa ist evident; seine Normalisierung der Beziehungen mit dem sozialistischen Europa ist nicht weniger klar. Das spanische Volk hat verstanden, daß die Aggressionen und die Zurückhaltung vieler Länder während der vergangenen Regierungsperiode sich nicht gegen seine Heimat, sondern gegen die Diktatur gerichtet hatten. Dies und die Zusage der Unterstützung seitens einiger politischer und ökonomischer Mächte, wie die USA, die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, haben dem Land eine relative Erleichterung gebracht, weiß es sich doch von einer ernststen Wirtschaftskrise betroffen, die aber im laufenden politischen Reformplan im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Bedeutung erst an zweiter Stelle steht.

### Desorientierung

Abgesehen von diesen wenigen gemeinsamen Punkten ist jedoch die öffentliche Meinung außergewöhnlich desorientiert. Mangels eingewurzelter politischer Parteien folgte in nur wenigen Monaten ein weites Spektrum von, wie bereits gesagt, an die 200 Gruppierungen auf nationaler und regionaler Ebene. Dieses Phänomen ist ein Charakteristikum politischer Unreife; dahinter steht das aufgestaute Bedürfnis nach rivalisierenden Auseinandersetzungen, welche durch die Diktatur unterdrückt worden waren.

Die Differenzen zwischen einigen Gruppen sind sehr geringfügig. Das gilt auch für jene noch seltenen Fälle, wo bereits ein Programm entfaltet wird, das von den allgemeinen Utopien heruntersteigt und sich zu einem realistischen Ausgangspunkt bequemt. Dazu kommt noch die Zeitnot der letzten Monate und ein gewisses Bewußtsein der Vorläufigkeit der kurzen Wahlkampagne. All diese Faktoren erklären den wenigstens gegenwärtig herrschenden Mangel an Orientierung in Spanien, der, wenn er in diesen Wochen der Wahlkampagne nicht korrigiert werden kann, entweder zu einer unterdurchschnittlichen Stimmbeteiligung am kommenden 15. Juni führen kann oder, was wahrscheinlicher ist, «Manipulationen» durch Streitereien eher persönlicher denn parteilicher Art möglich macht.

Um eine extreme Polarisierung zwischen den Sektoren der franchistischen, hauptsächlich kapitalistischen Rechten und jenen

der hauptsächlich sozialistischen, reformistischen Linken zu vermeiden, hat Präsident Suárez sich entschlossen, sich als unabhängigen, aber Positionen der Mitte unterstützenden Kandidaten zur Verfügung zu stellen.

Diese Entscheidung in letzter Stunde, welche kurz vor der Präsentationsfrist vollzogen wurde, hat den unzweifelhaften Vorteil, ein Zentrum unentschiedener Elemente zusammenzufügen, wo die individuellen Rivalitäten zerstreudend gewirkt hatten. Dem steht allerdings der Nachteil gegenüber, daß sein wahrscheinlicher Sieg als Manipulation seitens der Regierung interpretiert und seine demokratische Glaubwürdigkeit, welche bis jetzt immer gestiegen war, angeschlagen sein wird.

### Hauptsächliche Wahlbündnisse

Mit dem Heranrücken der Wahlen haben sich manche Parteien beruhigt und sind zur Realität zurückgekehrt. Das Wahlgesetz setzt fest, daß nur jene Listen von Kongreßabgeordneten, welche mindestens 3 % der gültigen abgegebenen Stimmen in jedem Distrikt erreichen, Zugang zu den Sitzen haben, und zwar gemäß einer proportionalen Verteilung (System Hondl). Das Resultat war, daß sich Wahlbündnisse bildeten, welche je nach Provinz Schwankungen unterworfen sind. Zwischen den Allianzen für den Kongreß und den Senat sind die Kombinationen zahlreich und erschweren den Überblick außerordentlich.

Zur Orientierung der Leser seien die wichtigsten Allianzen nationalen (und nicht bloß regionalen) Charakters aufgezählt:

► **Alianza Popular:** In ihr figurieren die Gruppen der franchistischen Rechten, welche zum «Referendum» «nein» gestimmt haben, um den damaligen Status quo aufrecht zu erhalten. Unter seinen Hauptparteien befinden sich *Fuerza nueva* (neue Kraft), streng franchistisch, und *Falange Española*, welche eine Rückkehr zur spanischen faschistischen Partei, wie Franco sie in seiner Diktatur gebildet hatte, beabsichtigt. Die Meinungsumfragen gestehen ihnen nicht viel mehr als 3 % zu.

► **Alianza Popular:** Sie stellt sich aus 7 Parteien zusammen, in welchen 12 Exminister des letzten Franco-Regimes figurieren. Ihr Leader ist *Manuel Fraga*. Sie ist von starker kapitalistischer Färbung mit gewissen sozialen Zugeständnissen; diese Gruppe fordert eine minimalistische Reform. Sie wünscht nicht, daß die nächsten Cortes verfassungsgebend seien und sie möchte die wesentlichen franchistischen Züge beibehalten, wenn auch mit demokratischen Retouchen. Sie rechnet mit der Unterstützung des großen Kapitals und gewisser mittlerer Klassen. In manchen Provinzen hat sie sich in der propagandistischen Skala mit Geschick bewegt und rechnet mit der Unterstützung mancher Gouverneure und Ortsrichter, welche noch aus der vorigen Epoche stammen. Die Meinungsumfragen schwanken, ohne spezielle wissenschaftliche Garantie, zwischen 12 und 17 % befürwortender Stimmen.

► **Unión del centro democrático** (Union des demokratischen Zentrums) Es ist eine heterogene Gruppe, zusammengesetzt aus vielen Parteien und Mikroparteien, welche hauptsächlich aus der *Democracia cristiana abierta* (offene Christliche Demokratie), deren wichtigste Vertreter in der jetzigen Regierung sind und den Wandel, wie er bis jetzt stattgefunden hat, in Gang gebracht haben; dazu gehören noch andere liberale Gruppen kapitalistischer und technokratischer Prägung und solche der *social democracia*.

Präsident Suárez unterstützt eindeutig diese Gruppe, welche von seinem Mitarbeiter und Minister des Staatlichen Arbeitsamtes, *Leopoldo Calvo Sotelo*, präsidiert wird. Seit Suárez' Erklärung gewähren die Umfragen diesem künstlichen Zentrum über 40 % der Stimmen. Andere sind weniger optimistisch, aber jedenfalls wird angenommen, daß diese Gruppe relativ am meisten Stimmen erreichen wird. In ihr figurieren fünf Exminister.

► **Federación demócrata cristiana:** Ihr Hauptleader ist *Joaquín Ruiz Giménez*, Gründer der *Izquierda democrática* (Demokratische Linke)<sup>1</sup>. Mit ihr hat sich die *Federación de Partidos democráticos* verbunden, welche bis vor ganz kurzem vom Exminister der Republik, *José M. Gil Robles*, geleitet wurde. Diese Gruppierung hat es abgelehnt, sich mit dem Zentrum zu verbinden und hält ihre sehr offene Linie stark sozialistischer Prägung aufrecht. Sie proklamiert die Notwendigkeit einer verfassungsgebenden Cortes, welche ein neues Grundgesetz ausarbeiten soll und die Förderung einer dezentralisierten Administration. Es ist möglich, daß in letzter Stunde diese Partei die Stimmen derer erhält, welche nicht allzusehr an das Zentrum glauben und den sozialistischen Strömungen kein besonderes Vertrauen schenken.

weltweit mitarbeiten  
Freiwilligendienst Interteam

Für Equipeneinsätze in Kolumbien sucht die Missionsgesellschaft von Immensee

## 3 Katecheten

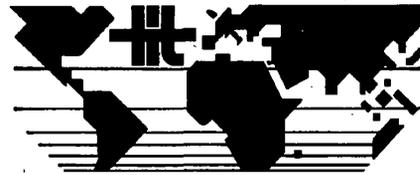
mit mind. 2jähriger Berufserfahrung. 3-Jahres-Vertrag plus Sprachvorbereitung im Einsatzland, Interteam-Vorbereitungskurs Nov./Dez. 1977, Ausreise: Januar 1978.

Weitere Informationen über die Projekte durch:

Igo Gassner, Missionshaus, 6405 Immensee  
Telefon (041) 811066

– über die Organisation durch:

Interteam Telefon 041 36 67 68  
Zürichstrasse 68 6004 Luzern



► **Alianza socialista democrática:** Entspricht der traditionellen sozialistischen Partei, welche mit dem Marxismus brach, deren Leader Manuel Murillo ist. Ihm hat sich eine Mikroföderation sozialistischer gemäßigter Parteien angeschlossen. Man erwartet nicht, daß diese Gruppe viel Wahlpublikum erhält, wobei jedoch angenommen wird, daß sie die notwendigen 5 %, um im Parlament figurieren zu können, übersteigen wird.

► **Partido socialista popular:** Eine Partei gemäßigter, marxistischer Prägung, welche sich «marxiana» nennen könnte. Ihr sehr bekannter Leiter ist Professor *Enrique Tierno Galván*. Weil er zugleich gemäßigt und offen ist, zieht er das Interesse beruflich und intellektuell geprägter Gruppen an, genießt aber keine Popularität. Es scheint nicht, daß diese Richtung viel mehr als 5 % erringen wird.

► **Partido socialista obrero español** (spanische sozialistische Arbeiterpartei): genießt eine starke Resonanz im breiten Spektrum der verschiedenen Sektoren der Arbeiterschaft, und zwar teilweise wegen der noch vor kurzem geheimen Parallel-Gewerkschaft «Unión general de trabajadores U.G.T.» (Allgemeine Arbeiterunion), welche zur Zeit Francos klug vorging. Ihr Leader ist *Felipe González*, ein junger Mann, welcher nicht nur mit der Unterstützung auf nationaler Ebene rechnet, sondern – trotz ihrer stark marxistischen Prägung – auch mit finanzieller Hilfe aus dem Ausland, insbesondere seitens der bundesdeutschen SPD. Wahrscheinlich wird dies die linke Gruppe sein, welche am meisten Beachtung erhält, vor allem in antifranchistischen, nicht extremistischen Kreisen der Jugend. Die provisorischen Umfragen gestehen ihr 12–15 Prozent der Stimmen zu.

► **Partido comunista español** (PCE): Kürzlich aufgrund eines Regierungsentwurfs, entgegen dem Willen der Armee legalisiert, stellt sich Spaniens KP mit dem Nimbus der einsamen Kämpferin gegen das Franco-Regime vor. Ihre Leiter sind *Santiago Carrillo* und die erst dieser Tage aus ihrem langen russischen Exil zurückgekehrte *Dolores Ibarruri*, genannt *la Pasionaria*. Sie zählt auf militante Kompromißlose und wird von den «Comisiones Obreras» (Arbeiterkommissionen) unterstützt, einer gewerkschaftlichen Verbindung, welche erst kürzlich anerkannt wurde und während der Diktatur eine weitere starke geheime Gewerkschaft bildete. Die Meinungsumfragen geben der PCE zwischen 8 und 10 Prozent der Stimmen. Die linken Verbände jenseits der PCE wurden nicht legalisiert, weil sie zu wenig demokratische Glaubwürdigkeit besitzen. Ohne Zweifel werden sie bei den Wahlen zerstreut und als unabhängige

Gruppen figurieren. Ihre Tendenzen sind marxistischer, leninistischer, maoistischer, castroistischer Art. Einige haben stark anarchistische Züge. Es wird nicht angenommen, daß sie Wähler anziehen.

### Die Stellung der katholischen Kirche

Die Kirche in Spanien ist dem Prinzip politischer Neutralität treu, welches von der Bischofskonferenz proklamiert wurde. Sie wollte keiner der Parteien ihre Unterstützung geben, nicht einmal den christlich orientierten. Die Losungen des Episkopates sind: ein reifes politisches Bewußtsein individueller und kollektiver Natur, Förderung des gegenseitigen Respektes, die nationale Versöhnung und die Grundrechte der menschlichen Person. Sie haben ihre Reserven gegenüber jenen Parteien und Koalitionen ausgedrückt, die wegen ihres Atheismus, ihrer totalitären Tendenzen oder ihrer sozioökonomischen Ungerechtigkeit mit der christlichen Anschauung unvereinbar sind. Die Bischöfe haben mit besonderem Nachdruck auf den Schutz des nichtstaatlichen Bildungswesens hingewiesen.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wird diese Haltung im allgemeinen auch von den Priestern eingenommen. Man kann sagen, daß sich in Spanien eine gewisse antiklerikale Tendenz in der Mehrheit der Bevölkerung vermindert hat, was auf die Haltung einiger Bischöfe während der letzten Etappe der Francoregierung und auf die offenkundige Unterstützung der Menschenrechte seitens der Bischofskonferenz zurückzuführen ist.

### Die nächste Zukunft

Die Probleme, die die gesetzgebende Gewalt in Spanien zu gewärtigen haben wird, sind ernst und kompliziert. Vor allem wird es unumgänglich sein, die Notwendigkeit einer neuen, echt demokratischen Verfassung abzuklären. Auch wird man sich mit der Frage der totalen Amnestie auseinandersetzen haben, welche alle politischen Rückstände aus der Zeit des Bürgerkriegs erledigen soll; ebenfalls gilt es, die nationale Einheit mit

den verschiedenen Nationalitäten Spaniens ins reine zu bringen. Andererseits müssen die Probleme der Wirtschaft, deren düstere Lage in einigen wichtigen Sektoren katastrophale Auswirkungen hat, dringend an der Wurzel angepackt werden. Dieses in einer industriellen Gesellschaft fundamentale Problem, wurde äußerst vernachlässigt. Zu seiner Lösung bedarf es eines sozialen Paktes zwischen Kapital und Arbeit. Dessen Verwirklichung wird aber keineswegs leicht sein, müßte er doch zwischen der kapitalistischen Rechten franchistischer Herkunft und der marxistischen Linken mit ihrem revanchistischen Impetus erfolgen. Daher die Wichtigkeit der Zentrumskoalition, welche sich zwischen die beiden Kraftfelder einzuschalten hat.

Die Situation ist also schwierig, doch nicht verzweifelt. Die Fähigkeit zur politischen Genesung von seiten eines Landes, das während so langer Zeit einer sterilisierenden Diktatur unterworfen war, läßt darauf schließen, daß auch eine Gesundung auf sozioökonomischem Gebiet möglich wird. Das nämlich ist die unumgängliche Bedingung, um zweierlei zu erlangen: eine demokratische Stabilität und eine Integration Spaniens auf ebenbürtiger Basis mit einem Europa, zu welchem es geographisch, kulturell und historisch gehört.

Manuel Alcalá, Madrid

Übersetzt von Stefanie Lauber

## Zur Titelseite

Der biographische Teil im Buch von Viktor Conzemius<sup>1</sup> endet mit einer «Zusammenschau», die u. a. über die *Lücken* in der bisherigen Segesser-Forschung Auskunft gibt. Demnach wäre «noch schärfer zu fragen, aus welchen Quellen seine liberal-katholischen Auffassungen, z. B. über die Beziehung von Kirche und Staat, herausgewachsen sind.» Conzemius macht aber selber eine wichtige Unterscheidung: «liberal» im luzernisch-schweizerischen Rahmen war etwas ganz anderes als liberal-katholisch auf Weltebene<sup>2</sup>. Obwohl er Segessers religiöse Grundhaltung von der deutschen Sailer Schule genährt sieht, findet er für seine noch heute gültigen Erwartungen in die Kirche – «was ihr not tat und wo die Heilmittel zu finden seien» – keine Parallele unter den Laien deutscher Zunge, sondern einzig im Engländer *Lord Acton*<sup>3</sup>. Sich von solchen Gestalten ein authentisches Bild zu verschaffen, ist angesichts der neu aufgewärmten Diffamierung des «katholischen Liberalismus» durch Lefebvre usw. einerseits und der Notwendigkeit von Christen «zwischen den Fronten» andererseits doppelt aktuell. Dazu gehört, dass auch die kritischen Züge nicht fehlen: vgl. Thema Wirtschaft, Technik, Industrialisierung S. 121! Conzemius' Buch verdient nicht zuletzt unter der jungen Generation Verbreitung; es ist sehr lesbar geschrieben, rührt an etliche Tabus (u. a. die «Unfehlbarkeit») und ist ansprechend illustriert: vor allem die zeitgenössischen Karikaturen, alle aus dem gegnerischen Lager (natürlich mit «Jesuiten», obwohl Segesser in seinem Leben «mit keinem Jesuiten nur ein Wort gesprochen»: S. 37), geben der Segesserfigur ihren «Sitz im Leben». L.K.

<sup>1</sup> Viktor Conzemius, Philipp Anton von Segesser, 1817–1888, Demokrat zwischen den Fronten, Benziger-Verlag Zürich, 1977, 252 Seiten, 52 Fotos, geb. Fr./DM 28.80.

<sup>2</sup> Vgl. Segessers «Katholischer Liberalismus»: der letzte (1975) von zwölf seit 1962 in der Schweiz. Zeitschrift für Kirchengeschichte erschienenen Aufsätze, die jetzt in einem großen Band versammelt sind: *Emil F.-J. Müller-Büchi, Philipp Anton von Segesser. Das Konzil, die Revision der Bundesverfassung und der Kulturkampf*. Universitätsverlag Freiburg/Schweiz, 1977. 416 Seiten.

<sup>3</sup> Vgl. sein Porträt in: V. Conzemius, Propheten und Vorläufer, Benziger, Zürich, 1972.



**Ab 8. Juni 1977**

Neue Telefonnummer

**01/2010760**

ORIENTIERUNG, Redaktion und Verlag  
Institut für weltanschauliche Fragen

**O**RIENTIERUNG  
*Herausgeber:* Institut für weltanschauliche Fragen  
*Redaktion:* Ludwig Kaufmann, Raymund Schwager, Karl Weber, Jakob David, Albert Ebner, Mario v. Galli, Robert Hotz, Josef Renggli, Josef Rudin  
*Anschrift von Redaktion und Administration:* Scheideggstraße 45, CH-8002 Zürich, ☎ (01) 360760  
*Bestellungen, Abonnemente:* Administration  
*Einzahlungen:* «Orientierung, Zürich»  
*Schweiz:* Postcheck Zürich 80-27842  
Schweiz. Kreditanstalt Zürich-Enge Konto Nr. 0842-556967-61  
*Deutschland:* Postcheckkonto Stuttgart 6290-700  
*Österreich:* Postsparkasse Wien Konto Nr. 2390.127  
*Italien:* Postcheckkonto Nr. 29 290 004  
*Abonnementspreise 1977:*  
*Schweiz:* Fr. 29.- / Halbjahr Fr. 16.- / Studenten Fr. 20.-  
*Deutschland:* DM 31.- / Halbjahr DM 16.- / Studenten DM 22.-  
*Österreich:* öS 210.- / Halbjahr öS 120.- / Studenten öS 140.-  
*Übrige Länder:* sFr. 29.- plus Versandkosten  
*Gönnerabonnement:* Fr./DM 35.- (Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnemente in Länder mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)  
*Einzexemplar:* Fr./DM 1.70 / öS 12.- plus Porto

**AZ**

8002 Zürich Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion